

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Wortprotokoll
17. Sitzung

Berlin, den 04.06.2003, 13:00 Uhr
Sitzungsort: JKH
Berlin, Wilhelmstraße 68
Sitzungssaal: JKH 1.302

Vorsitz: Christa Nickels, MdB

TAGESORDNUNG:

	Seite
Tagesordnung	5
Einzigster Punkt der Tagesordnung Fachgespräch zur menschenrechtlichen und humanitären Lage in Tschechien	6

Tagesordnung

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Fachgespräch zur menschenrechtlichen und humanitären Lage in Tschetschenien

1. Block: Menschenrechtliche Situation (Dauer: 2 h)

Statement Oleg Orlov , Memorial

Statement Swetlana Gannuschkina, amnesty international-Preisträgerin

Statement Diederik Lohman, Human Rights Watch

Fragerunde

1. Schlussrunde

2. Block. Humanitäre Lage (Dauer 1 h)

Statement Eva Ahrensburg, Danish Refugee Council

Statement Heinz Bitsch, HELP e.V.

Fragerunde

2. Schlussrunde

Einzigster Punkt der Tagesordnungspunkt

Fachgespräch zur menschenrechtlichen und humanitären Lage in Tschetschenien

Die Vorsitzende: Meine Damen und Herren, ich darf Sie sehr herzlich zu unserem heutigen Fachgespräch zur menschenrechtlichen und humanitären Lage in Tschetschenien begrüßen.

Das Thema ist gerade in diesen Tagen hochaktuell: In der Abschlusserklärung zu ihrem Gipfeltreffen haben Russland und die EU die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass der nach dem Referendum begonnene politische Prozess zur Wiederherstellung der Herrschaft des Rechtes und damit zum Schutz der Menschenrechte sowie zu einer echten Aussöhnung in Tschetschenien führen werde. Die Gipfelteilnehmer verurteilten jede Art von Gewalt, insbesondere terroristische Gewalttaten, welche die Aussicht auf eine politische Lösung gefährden könnten. Die russische Regierung hatte ursprünglich die Erwähnung Tschetscheniens in der Abschlusserklärung verhindern wollen. Skepsis erscheint hingegen angebracht, ob sich diese in der vorgenannten Abschlusserklärung formulierte Hoffnung in naher oder mittlerer Zukunft erfüllen wird. Hier bleibt viel Anlass zur Sorge. So hat erst vor einer Woche amnesty international die Situation der Menschenrechte unter anderem in Tschetschenien als besorgniserregend bezeichnet. Sie alle haben auch die Bilder der blutigen Bombenattentate vor wenigen Tagen in Tschetschenien vor Augen. Aus den Gesprächen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Bush und dem russischen Präsidenten Putin in Sankt Petersburg lesen manche Beobachter heraus, dass die USA Russland in Tschetschenien „freie Hand“ geben wollen, um sich die Unterstützung Russlands in ihrer harten Politik gegenüber dem Iran zu sichern. Der Menschenrechtsausschuss hat sich immer wieder vertieft mit der menschenrechtlichen und humanitären Situation in Tschetschenien befasst. Aus den zahlreichen Aktivitäten der vergangenen Monate darf ich hier an die Sondersitzung des Ausschusses am 31. Januar erinnern, in dem Rudolf Bindig als Mitglied der „Joint Working Group On Chechnya“ des Europarates einen Bericht zur Aktuellen Lage in Tschetschenien abgegeben hat. Ergebnis der Diskussion dieses Berichtes war eine einstimmig formulierte Erklärung des Ausschusses, die dem russischen Präsidenten Wladimir Putin anlässlich seines Deutschlandbesuches am 9. Februar 2003 übermittelt wurde. Eine Pressemitteilung mit dem Text der Stellungnahme liegt vor der Tür aus. Wenig spä-

ter, am 20. Februar 2003, hat der Ausschuss einstimmig sein federführendes Votum zu dem FDP-Antrag „Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien nicht vergessen“ verabschiedet. Der Redaktion dieses Textes waren intensive Gespräche in- und außerhalb des Ausschusses vorausgegangen. Auch diese Beschlussempfehlung auf der Drucksache 15/496 liegt für Sie aus. Ziel des heutigen Fachgesprächs ist es, zum einen aus erster Hand aktuelle Informationen über die schwierige menschenrechtliche und humanitäre Lage in Tschetschenien und in den Flüchtlingslagern in Inguschetien und Dagistan einzuholen. Zum anderen erhofft sich der Ausschuss sachverständigen politischen Rat, welchen Beitrag die deutsche Politik bei der Lösung der Probleme in Tschetschenien und den Nachbarregionen leisten kann.

Ich darf nun sehr herzlich die Sachverständigen des heutigen Fachgesprächs Tschetschenien begrüßen. Ich begrüße ganz herzlich **Herrn Oleg Orlov** von der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial, der für unsere Anhörung extra aus Moskau angereist ist und heute um halb vier auch noch sehr stressbeladen wieder wegreisen muss. Hierfür vielen Dank, dass Sie diese Mühe auf sich genommen haben. Zweitens möchte ich **Frau Swetlana Gannuschkina** für das Netzwerk „Migration und Recht“, die am 7. Juni mit dem 3. amnesty-international Menschenrechtspreis für ihre Arbeit ausgezeichnet wird, sehr begrüßen. Weiter möchte ich **Herrn Diederik Lohman**, von Human Rights Watch, der bis vor kurzem in Tschetschenien gearbeitet hat und nun in New York tätig ist, ebenfalls sehr herzlich begrüßen. Diese 3 Sachverständigen werden in erster Linie zur menschenrechtlichen Lage in Tschetschenien Stellung nehmen.

Weiter begrüße ich **Frau Eva Ahrensburg** vom Danish Refugee Council in Kopenhagen, die kurzfristig für ihre angekündigte Kollegin **Christina Jespersen** eingesprungen ist. Herzlichen Dank, dass Sie Ihre Teilnahme bei uns so schnell und kurzfristig möglich machen konnten. Ich freue mich, dass wir **Heinz Bitsch** von HELP e.V bei uns haben. Herr Bitsch kommt frisch von einer Reise in die Region zurück und wird uns seine aktuellen Eindrücke schildern. Diese beiden Sachverständigen werden zur humanitären Lage in Tschetschenien berichten. Allen Sachverständigen danke ich für ihr Kommen und auch – soweit es Ihnen möglich war – für die schriftliche Vorberichterstattung. Diese Stellungnahmen liegen - ebenso wie eine Stellungnahme von „Ärzte ohne Grenzen“ - draußen vor dem Saal ebenso wie weitere aktuelle Informationen zur Mitnahme aus. Die Informationen von allgemeinem Interesse, die jetzt noch während der Sitzung bei uns eingereicht

werden, werden wir als Anhang zu dem Protokoll, das wir erstellen werden, öffentlich zugänglich machen.

Im Vorfeld haben sich die Obleute auf den folgenden Ablauf des Fachgesprächs verständigt: Der erste Block – „Menschenrechtliche Situation in Tschetschenien“ – mit einer Dauer von 2 Stunden gliedert sich in ein jeweils 10minütiges Statement von Herrn Orlov, Frau Gannuschkina und Herrn Lohman. Danach werden wir eine Frage- und Antwortrunde von Seiten der Abgeordneten durchführen. Ich werde dann die drei Sachverständigen in einer Schlussrunde zum ersten Block bitten, Ihre Empfehlungen an die deutsche Politik, was die menschenrechtliche Situation in Tschetschenien anbetrifft, zu formulieren. Dann folgt als zweiter Block ab 15.00 Uhr die „Humanitäre Lage in Tschetschenien“ mit einer Dauer von 1 Stunde. Hier werden unsere beiden Sachverständigen Frau Ahrensburg und Herr Bitsch jeweils 10minütige Statements abgeben. Nach der Frage- und Antwortrunde haben in der sich anschließenden Schlussrunde wiederum die zwei Sachverständigen Gelegenheit, ihre Empfehlungen an die deutsche Politik zu formulieren, was die Verbesserung der humanitären Situation von unserer Seite aus in Tschetschenien angeht. Voraussichtlich um 16:00 Uhr werden wir die Veranstaltung beenden. Um möglichst viele Informationen zu sammeln, haben wir uns darauf verständigt, keine Pause zwischendurch zu machen. Zu Beginn des 2. Blocks wird jedoch draußen vor der Tür ein Service-Wagen mit heißen und kalten Getränken zu Ihrer Erfrischung bereit stehen. Das Fachgespräch wird in deutscher Sprache geführt. Russische und englische Dolmetscher stehen in den Kabinen zur Verfügung. Die deutsche Übersetzung läuft auf Kanal 1, die englische auf Kanal 2, die russische auf Kanal 3.

Ich möchte nun **Block 1 – Menschenrechtliche Lage in Tschetschenien** – aufrufen. Schwerpunkte des Themas werden die Entwicklung der aktuellen Menschenrechtslage, die Hauptverantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen und ihre Motive, der Stand der Untersuchung der Verbrechen und die Bestrafung der Verantwortlichen, die Rolle und der Einfluss der politisch Verantwortlichen auf der russischen Seite, die Rolle tschetschenischer Politiker und die Möglichkeiten zur Verbesserung des Menschenrechtsmonitorings sein. Ich darf Sie, Herr Orlov, bitten, mit Ihrem 10minütigen Statement zu beginnen.

Herr Orlov: Vielen Dank für die Möglichkeit, hier vor Ihnen sprechen zu können. Die Vereinigung „Memorial“ ist unmittelbar in Tschetschenien tätig und befasst sich mit Opferhilfe, mit Hilfe für die Opfer dieses Konfliktes und mit Monitoring im Bereich der Menschenrechte. Der blutige bewaffnete Konflikt in Tschetschenien geht weiter. Die Hoffnung einiger, dass das sogenannte Referendum, oder - genauer gesagt - die Imitation eines Referendums, bei dem Prozess der politischen Regulierung helfe, hat sich nicht bewahrheitet. Der blutige Konflikt hat jetzt neue Impulse erfahren und wir erleben dessen Eskalation. Hier sehen wir vor allem die schrecklichen und menschenverachtenden terroristischen Anschläge in Tschetschenien im letzten Monat. Am meisten war hiervon die Zivilbevölkerung betroffen. Die Verantwortung für diese Anschläge übernehmen die religiös-extremistischen Flügel der Kräfte, die man als den tschetschenischen Widerstand bezeichnen könnte. Ich will sagen, dass die Eskalation der Gewalt in Tschetschenien, die wir zur Zeit beobachten, nicht vor allem durch diese Anschläge sondern durch einige andere Entwicklungen gekennzeichnet ist. Vor allem nach dem Referendum war ein Anstieg der Aktivitäten der Todesschwadronen zu verzeichnen. Dies sind illegale Gebilde, die in den Polizei- und Militärstrukturen existieren. Sie entführen und ermorden Menschen. Am Vorabend des Referendums haben die Aktionen dieser Einheiten nachgelassen und am (...) (*nicht mitgeschnitten*) (...) in der Tat haben etwa 20 russische Militärangehörige ihr Leben verloren. Dies bedeutet, dass für die Unterdrückung dieses Guerillakrieges wieder bewaffnete Aktivitäten eingeleitet werden und mit der Präsenz von Truppen zu rechnen ist. Das Versprechen von Präsident Putin bezüglich des Abzuges von Truppen in nächster Zeit wird wieder einmal nicht eingehalten. Die Truppen werden in Tschetschenien bleiben. Sie werden Gewalt gegen die Zivilbevölkerung ausüben. Dies bedeutet, dass sich die Basis der Unterstützung für die Kämpfer erweitern wird. So entsteht ein Teufelskreis der Gewalt. Wie kann ein Ausweg aus dieser Situation aussehen? Unserer Meinung nach müssen die föderalen Behörden in zwei Richtungen agieren. Sie müssen politische Lösungen für einen Ausweg aus diesem Konflikt suchen. Solche Lösungen sind ohne Verhandlungen zumindest mit einem Teil derjenigen, die gegen die föderalen Kräfte kämpfen, nicht möglich. Diese Leute muss man in den politischen Prozess einbeziehen. Dies geschieht nicht. Das „Pseudoreferendum“ wurde abgehalten, um die Verhandlungen mit der kämpfenden Seite nicht führen zu müssen. Die zweite – noch wichtigere – Richtung, in die agiert werden muss, bezieht sich auf die Zivilbevölkerung. Die Russische Regierung hätte verhindern müssen, dass es zu Übergriffen auf die Bevölkerung kommt. Diejenigen, die sich sol-

cher Übergriffe schuldig gemacht haben, hätten bestraft werden müssen. Dies geschieht zur Zeit nur auf dem Papier. In der Realität herrscht nach wie vor vollständige Straflosigkeit vor. Sehen wir uns die Lage einmal an, Sie und wir und die russischen Menschenrechtler und die Parlamentarier der europäischen Staaten, die offiziellen Persönlichkeiten in Russland! Die Zahl der eingeleiteten Strafverfahren besagt, wie viele Militärs verurteilt worden sind. In der gesamten Zeit des zweiten Tschetschenien-Krieges sind 51 Militärs gerichtlich verurteilt worden. Das sind die offiziellen Zahlen. Doch diese Zahlen sagen gar nichts. Sie besagen, wer wofür wann verurteilt worden ist. Lange Zeit haben wir und auch die Parlamentarier des Europarates keine vernünftigen, nachvollziehbaren Informationen aus der Staatsanwaltschaft bekommen. Durch langen Schriftwechsel und Druck auf die Staatsanwaltschaft haben wir vor kurzem erst Informationen, ein vollständiges Verzeichnis der Urteile gegen russische Militärs, bekommen. Ich habe das übersetzen lassen und Sie können sich das ansehen¹. Uns hat das schockiert. Von den 51 Militärs, die angeblich von Gerichten verurteilt worden sind, sind eigentlich nur 19 wirklich verurteilt worden. Diese 19 haben wirklich ernste und schwere Straftaten, Morde, begangen. Sie haben tatsächlich Freiheitsstrafen bekommen. Alle anderen - die Mehrheit - wurden von den Gerichten rein symbolisch bestraft. Ein Teil ist direkt nach der Verurteilung amnestiert worden, ein paar haben Geldstrafen bekommen und ein Teil ist auf Bewährung – also rein symbolhaft – verurteilt worden. Für welche Straftaten haben diese Leute symbolische Strafen erhalten? In zwei Fällen von Vergewaltigung von Frauen hat es nur Bewährungsstrafen gegeben. In einem Fall hat der Militär die Frau erst ausgeraubt und dann im Rahmen einer sogenannten „Säuberungsaktion“ vergewaltigt. Er ist nur auf Bewährung verurteilt worden, er wird also nicht im Gefängnis sitzen. Ein anderes Beispiel: Im Jahr 2001 hat es schreckliche „Säuberungen“ gegeben. Die Menschen wurden gefoltert und geschlagen. Es kam zu Plünderungen und zu Mord, Menschen verschwanden. Es sind Strafverfahren eingeleitet worden und bis heute ist erst einer, ein Hauptmann „O...“, keiner weiß, wie er heißt, bestraft worden. Er ist bestraft worden, weil er einen Einwohner der Bevölkerung geschlagen hat. Die Staatsanwaltschaft hat angeordnet, ihn festzunehmen und ihn für einige Zeit festgesetzt. Gegen ihn ist eine Geldstrafe verhängt worden, d.h. dieser Hauptmann „O...“ zahlt Geld und niemand ist bisher für die Morde, die Vergewaltigungen, die Plünderungen und die verschwundenen Menschen bestraft oder strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden. Das Schicksal der verschwundenen Menschen ist bis heute nicht aufgeklärt

¹ Siehe Anlage 1.

worden. Ein weiteres Beispiel, an dem wir gestern Abend noch gearbeitet haben. Memorial hat einen Bericht über Straflosigkeit, also genau das wovon wir gerade reden, vorbereitet. Leider gibt es diesen bisher nur in russischer Sprache. Ich lasse das bei Ihnen im Ausschuss. Darin sind sehr viele Zahlen und Statistiken enthalten. Die Zeit reicht nicht, um das hier alles aufzuzählen. Ich will nur noch eine Zahl nennen: Im Jahr 2001 hat die parlamentarische Versammlung des Europarates der russischen Staatsanwaltschaft ein sehr ausführliches Verzeichnis von Strafverfahren, die gegen die Zivilbevölkerung eingeleitet worden sind, vorgelegt. Die tschetschenische Staatsanwaltschaft hat daraufhin 302 Strafverfahren untersucht. Wir haben uns einmal angesehen, wie das weitergegangen ist. Von diesen 302 Strafverfahren ist in nur 6 Strafverfahren eine Strafe verhängt worden. 70 Verfahren sind mit der üblichen Formulierung, man habe keine Schuldigen gefunden, eingestellt worden. Ich würde mich sehr freuen, wenn sie hierzu, zur Straflosigkeit, Fragen stellen könnten. Ich bin auch gerne bereit darauf zu antworten.

Die Vorsitzende: *nicht mitgeschnitten (...)*, dass es schwierig ist, nach zehn Minuten mit dem aufzuhören, was sie aus einer wirklich sehr harten, schwierigen und auch schmerzlichen Arbeit an Erfahrungen gewonnen haben. Aber wir haben diese Nachfragerunde und Sie haben ja selber auch den Hinweis gegeben, Straflosigkeit ist ein wichtiges Stichwort auch für die Kollegen. Wenn Sie auch noch mehr Informationen haben, kann ich jetzt schon sagen, dass wir diese übersetzen, sie an das Protokoll anhängen und sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen werden. Vielen Dank Herr Orlov. Als nächstes möchte ich Frau Swetlana Gannuschkina um Ihr Statement bitten. Es ist für Sie alle sehr schwer, ich bitte Sie aber um die Einhaltung der Zehn-Minuten-Beschränkung. Bitteschön, Sie haben das Wort.

Frau Gannuschkina: Vielen Dank. Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass ich hier für das Netz „Migration und Recht“ auftrete. Dies ist aber auch Bestandteil der Organisation Memorial. Ich befasse mich mit der Frage der Hilfeleistungen an die tschetschenische Bevölkerung, für die displaced persons, für die die im Völkerrecht wichtigen Prinzipien der VN gelten, die vor einigen Jahren ausgearbeitet wurden. Wer gehört zu diesem Personenkreis und wer nicht? Tschetschenien ist zerstört. Dort wohnen die Menschen in zerstörten und nicht mehr zu Wohnzwecken dienenden Gebäudeteilen. Von uns sind ca. 10 000 Plätze zur vorübergehenden Unterbringung geschaffen worden. Dort befinden sich etwa 150 % bis 200 % mehr Menschen

als eigentlich dort Platz finden sollten. Überwiegend handelt es sich um Personen, die aus Inguschetien zurückgekommen sind. Wir konnten den Menschen natürlich nicht verweigern, wieder dort leben zu wollen, denn die Menschen aus Inguschetien wollen ja zum Teil zurückkehren. Ein besonderes Problem besteht hinsichtlich solcher Häuser, die wiederhergestellt werden, vorher aber anderen Leuten gehört haben. Jetzt kommen auch die eigentlichen Eigentümer wieder und möchten ihre Häuser zurückhaben. Aber die Behörden verhalten sich gegenüber diesem Eigentumsrecht willkürlich und sagen, dass hier die Bewohner aus Inguschetien wohnen dürfen und nicht die Eigentümer selbst. Die Menschenrechte werden nicht nur auf diesem Weg verletzt. Sie werden auch dadurch verletzt, dass es keinerlei Entschädigung für das zerstörte Eigentum gibt. Dies ist aber ein Köder, ein Trumpf gewesen, um die Leute nach Tschetschenien zurück zu holen. Manche Leute sind darauf eingegangen. Sie erfahren aber, dass es nicht dazu kommt und gehen zurück nach Inguschetien. Ein anderes Thema: Man hat den Menschen ihre Sparbücher abgenommen und darin steht ja auch, wie viel Geld sie vorher hatten. Man hat diese Ersparnisse zum Teil der Inflation angepasst, zum Teil hat man sie auch einfach weggenommen und die angesparten Gelder sind verloren. Dies ist wiederum eine Verletzung des Eigentumsrechtes, denn mit den anderen russischen Staatsbürgern ist man anders verfahren. Herr Orlov hat gesagt, dass Tschetschenien ein gefährlicher Ort ist, dort kann man jeden Tag ohne irgendeinen Grund ermordet werden. Außerhalb von Tschetschenien werden die Tschetschenen anders verfolgt. Es wird ständig versucht, sie wieder nach Tschetschenien zurückzubringen. Das geschieht in den Flüchtlingslagern in Inguschetien, wo die Menschen halbwegs ohne Angst leben können. Aber jetzt verfolgt sie die Miliz. Dies geschieht auch in anderen Teilen Russlands. Es gab aktive Versuche, die Bewohner der Lager in Inguschetien gewaltsam nach Tschetschenien zurück zu bringen. Es hat große Mühe gekostet, dies zu verhindern, aber Teile der Lager wurden ausgesiedelt, die Leute mussten zurückkehren. Wenn sie dann aus Tschetschenien zurück nach Inguschetien wollten, waren die Lager schon nicht mehr vorhanden. Sie konnten nicht einmal ihre Zelte wieder aufbauen. Es gibt also heute viele Versuche, die Menschen nach Tschetschenien zurückzubringen. Dort gibt es aber keinen Ort, wo sie leben können. Außerdem droht ihnen dort Gefahr, denn die jungen Leute, die jungen Flüchtlinge, erwecken bei den Soldaten den Eindruck, als ob sie sich da jetzt erholen wollten. Diese jungen Leute wurden zum Teil in der ersten Nacht von den Soldaten erschossen. Man muss sich vorstellen, wie es ist, wenn ein 17-jähriger Junge vor den Augen seiner Mutter erschossen wird.

Deshalb wollen die Leute nicht nach Tschetschenien zurückkehren und ihre Rückführung ist eine große Verletzung der Menschenrechte. Was wird - leider - getan, um die Menschen zurück zu bringen? Sie kriegen in anderen Landesteilen kein Wasser und keinen Strom. Sie kriegen keine humanitäre Hilfe und sie werden bedroht. In die Flüchtlingslager kommen Autos und sie werden schnell darauf geladen und weg gebracht. Das erinnert mich an die Bilder vergangener Zeiten, als die Juden in den Gettos schnell in irgendwelche Autos verladen wurden. Die Menschen wollen nicht nach Tschetschenien zurück. Deswegen gibt es andere Methoden. Es gibt die Säuberungen, wie das in Tschetschenien der Fall ist. Wir wissen, dass es solche Säuberungen im Winter gegeben hat, aber wir haben auch heute eine E-Mail bekommen, worin es heißt, dass heute um 4:00 morgens gepanzerte Wagen mit einer Gruppe von maskierten Soldaten dahin kamen, wo einige hundert Leute in Tschetschenien wohnten. Einige waren Russen, andere haben nichts gesagt, da weiß man es nicht. Man hat die halb schlafenden Leute geweckt. Alle Männer, die älter als sechzehn waren, wurden unter Gewalt gezwungen, sich neben ihre Häuser auf den Boden zu legen. Dann hat man sie auf die Knie gezwungen und gefilmt. Dann hat man auch ihre Dokumente gefilmt, warum weiß niemand. Dann hat man vier Personen mitgenommen. Danach kamen dann die örtlichen Autos und man hat die Leute nach Tschetschenien zurückgebracht und keiner weiß, wo sie geblieben sind. Es ist auch unbekannt, warum man die vier jungen Leute fest genommen hat. Keiner hat gesagt, warum man das macht. Die Frauen bekamen als Antwort auf ihre Fragen nur Beschimpfungen und wurden angespuckt. Wo die Leute hingebraht wurden, weiß man nicht. Das sind alles Versuche, die Leute aus einem ruhigen Ort in Inguschetien nach Tschetschenien zurückzubringen. Ich sage Ihnen, diese Leute wurden vier Jahre in Zelten ohne Arbeit ohne humanitäre Hilfe, ohne sanitäre Einrichtungen untergebracht. Ihnen droht Tuberkulose. Wenn es irgendeine Stelle gäbe, wo der Staat sie unterbringen könnte, würden sie da hingehen. Aber einen solchen Platz gibt es nicht. Wir wissen, wie die Russen mit den Tschetschenen an anderen Orten in Russland umgehen. Sie dürfen sich nicht polizeilich anmelden. Sie haben unseren Bericht – wir haben ja hier im vergangenen Jahr einen Bericht abgegeben – zu dieser Problematik². Wir haben darüber gesprochen, welche Verfolgung es für sie in anderen Teilen Russlands gibt, wie schwer es für Tschetschenen ist, sich irgendwo registrieren zu lassen. Auch die möglichen Vermieter, die einen Tschetschenen bei sich aufnehmen, werden ebenfalls verfolgt. Sie kämpfen dafür, um diesen Gnadenakt zu erweisen,

² Siehe Anlage 2.

aber es ist praktisch unmöglich. Unsere Mitarbeiter, die bei sich zu Hause einen Tschetschenen angemeldet haben, befinden sich in einem ernsthaften Kampf und sie werden verfolgt. Es gibt kaum noch jemanden, der überhaupt den Mut dazu aufbringt. Ständig werden die Tschetschenen kontrolliert, ihre Dokument werden überprüft. Sie werden bedroht. Es sind nicht nur leere Drohungen. Nach dem Akt in dem Musical im Nordost in Moskau (*Geiselnahme während des Musicals „Nord-Ost“*) waren die Tschetschenen in Russland plötzlich alle Feinde. Die Miliz sagt ihnen ganz offen: „Was wollt ihr? Ihr seid für uns dasselbe wie die Deutschen im Jahre 1943.“ Stellen sie sich mal vor, wenn sich ein Deutscher in Moskau im Jahre 1943 polizeilich hätte anmelden wollen! So ungefähr ergeht es ihnen jetzt in der eigenen Heimat. Wie soll man dann noch denken, dass die Tschetschenen Russland als ihre Heimat ansehen? Der Prozess der Ablehnung der Tschetschenen durch Russland ist jetzt sehr viel stärker als der der Ablehnung Russlands durch die Tschetschenen, dass sie sich nicht als Teil Russlands bezeichnen. Es gibt Fälle von Unterschieben von Rauschgift bei den Tschetschenen. Irgend jemand wird zuhause fest genommen, er wird zur Polizei gebracht und dort wird ihm etwas untergeschoben. Dann gibt es ein Protokoll, dass man das Rauschgift bei ihm auf der Straße gefunden habe. So werden die Angaben gefälscht. Es gibt viele solcher Fälle, die ganz klar zeigen, wie die Verfolgungen ablaufen. Es gab solche Ereignisse, wo jemand nach der Verhaftung plötzlich tot war. Die Menschen werden gefesselt, sie haben Kopfverletzungen und dann hat man die Leichen irgendwo hinter einem Busch gefunden. Die Miliz verfolgt diese Dinge nicht, die Staatsanwaltschaft auch nicht. Mir hat ein Untersuchungsführer gesagt, dass er genau weiß, wer das getan hat. Die Dinge gehen aber ungestraft weiter. Ich möchte auch noch davon sprechen, dass die Tschetschenen, die nicht in Tschetschenien sondern in Russland leben, in großer Gefahr sind. Denn vom nächsten Jahr an ist die Passreform bei uns abgeschlossen. Dann gibt es nur noch Pässe für Staatsbürger Russlands. Die Behörden weigern sich, den Tschetschenen ihre Pässe umzutauschen. Wenn sich die Frage stellt, sagen sie: „Wir geben Ihnen den Pass nur, wenn sie hier gemeldet sind.“ Aber diese Leute können sich natürlich nirgendwo anmelden. Sie sind fern von ihrer Heimat. Sogar wenn jemand seit 5 Jahren in Moskau gemeldet ist, heißt es, er müsse zu seinem ursprünglichen Wohnort nach Tschetschenien zurückkehren, um einen neuen Pass zu bekommen. Was das bedeutet, wissen wir. Am 1. Januar nächsten Jahres werden alle Tschetschenen außerhalb von Tschetschenien illegal leben, nur weil sie kein gültiges Dokument haben. Die Hauptverantwortung und Pflicht der Behörden liegt darin, den Tschetschenen

eine normale Existenz zu sichern. Das geschieht leider nicht, sondern genau das Gegenteil. Danke.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Frau Gannuschkina. Wir haben noch mal tagesaktuell von Ihnen einen Aufriss bekommen, wie die Situation ist. Vielen herzlichen Dank. Ich denke, wir haben auch als Parlamentarier schon für unserer Arbeit, wenn wir heute die Anhörung zu Ende haben, den einen oder anderen Punkt nach dem Statement von Ihnen beiden auf die Agenda nehmen können. Vielen Dank. Ich möchte nun Herrn Lohman bitten, uns seine Stellungnahme vorzutragen. Bitte Herr Lohman, Sie haben das Wort.

Herr Lohman: Dankeschön. Stellen Sie sich einmal vor, dass Sie eine Tschetschenin von, sagen wir einmal, etwa 40 Jahren sind. Es ist der 2. Juni 2002, 6:00 Uhr morgens. Sie schlafen. Sie wachen plötzlich auf, weil Sie ein Geräusch hören. Ein Panzer ist vor Ihrem Haus vorgefahren. Das nächste, was Sie erleben ist, dass 12 oder 15 Männer, die meisten von ihnen maskiert, aber auch einige ohne Masken, in Ihrem Schlafzimmer stehen, Ihren Mann aus dem Bett werfen, Sie dazu zwingen, sich an die Wand zu stellen, alles in Ihrem Haus drunter und drüber werfen, und nach etwa 30 Minuten Ihren Mann mitnehmen, ihn in ein Auto setzen und mit ihm davon fahren. Während das Haus durchsucht wird, sprechen Sie mit einem dieser Männer. Sie sprechen einen jungen Russen an, der keine Maske auf hat, dessen Gesicht sie ganz klar erkennen können. Er konfisziert gewisse Gegenstände aus Ihrem Haus und sie fragen ihn nach einer Quittung. Diese Quittung gibt er Ihnen. Er identifiziert sich durch seinen Spitznamen. Dann fragen Sie ihn, kurz bevor er weggeht: „Wohin bringen Sie denn meinen Mann?“ Dann wird Ihnen das gesagt und dann wird Ihnen auch gesagt: „Wenn er nicht schuldig ist, dann werden wir ihn auch frei lassen“. Am gleichen Morgen passieren ähnliche Szenen in vielen anderen Häusern bei vielen anderen Familien. Und fast sofort nach diesen Ereignissen gehen Sie zum örtlichen Kommandanten, zum Militärkommandanten, und fragen ihn nach dem Verbleib Ihres Mannes. Zunächst einmal sagt er Ihnen, er wisse nichts über diese Sache. Dann gehen Sie zum Bürgermeister und der Bürgermeister geht mit Ihnen dahin und spricht mit den Militärkommandanten vor Ort und der sagt dann dem Bürgermeister: „Der Mann dieser Frau ist dort und dort und er wird nach 72 Stunden frei gelassen.“ Nach 72 Stunden kommen Sie wieder zur Militärkommandantur und man erzählt Ihnen eine völlig andere Geschichte. Der Militärkommandant sagt zu Ihnen: „Aber er ist jetzt nicht mehr hier, es tut mir leid. Die Sicherheitsbehörden haben ihn mitgenommen.“

Die Sicherheitsbehörden sagen: „Wir haben keine Ahnung, wo er ist. Wir wissen von der Sache nichts.“ Dann gehen Sie zur Staatsanwaltschaft, die sagt: „Wir wissen davon nichts.“ Auch die örtliche Polizei weiß nichts. Dann gehen Sie zur Verwaltung von Tschetschenien, die sagen ebenfalls: „Keine Ahnung.“ Das ist eine wahre Geschichte, die Geschichte von *Maseti Markajewa* (?). Vor zwei Tagen ist es genau ein Jahr her gewesen, dass ihr Mann verschwunden ist. Sie hat bisher keinerlei Information über seinen Verbleib. *Maseti Markajewa* war schon vorher Opfer eines sogenannten „Verschwindens“. Im Dezember 2000 ist ihr Sohn auf der Straße angehalten worden. Er fuhr mit dem Auto durch ein Dorf in Tschetschenien. Man hat ihn aus dem Auto gezerrt und er verschwand spurlos. Ich wollte Ihnen hier nur gewissermaßen als Illustration ein Beispiel nennen, wie das so abläuft in Tschetschenien.

Ich bin Diederik Lohman, ich arbeite für Human Rights Watch und ich war 4 ½ Jahre lang der Direktor der Moskauer HRW-Niederlassung. Inzwischen bin ich wieder in Washington und in meine Zuständigkeit fällt die Menschenrechtslage in Russland und vor allen Dingen in Tschetschenien. Wir haben die Menschenrechtslage seitens unserer Organisation schon seit Beginn des Konfliktes im Oktober 1999 verfolgt. Wir haben während dieser Zeit zahlreiche Besuche in Inguschetien unternommen. Das ist ja die Region, die direkt an Tschetschenien grenzt. Wir haben mehr als tausend Zeugen und Opfer von Menschenrechtsverletzungen befragt. Als wir angefangen haben, solche Menschenrechtsverletzungen zusammen zu stellen und zu dokumentieren, wie sie sich in Tschetschenien vollziehen, haben wir uns zunächst einmal auf die Bombardierung der Russen und die Zerstörung der Hauptstadt Grosny konzentriert. Zu Anfang des Jahres 2000 haben wir dann allerdings festgestellt, dass es sehr schnell zu einer ganz neuen Form der Kriegsführung nämlich durch Partisanenverbände kam. Das zeigte sich sehr schnell daran, dass Personen einfach verschwanden in der Form, wie wir das bereits beschrieben haben, und dass Leute summarisch sowohl in ihren Häusern als auch in Haftanstalten exekutiert wurden. Viele von denen, die in Haft kamen, haben ihr gesamtes Eigentum verloren. Es wurde systematisch geplündert. Seit April 2000 hat sich das Bild eigentlich geändert. Es weiß jeder, dass sich solche Ereignisse vollziehen. Niemand tut irgendetwas dagegen. Ich habe ja schon gesagt, wir haben eigentlich keine wirkliche Veränderung dieser Situation erlebt, auch ganz sicherlich keine Verbesserung. In den letzten 5 Monaten stellen wir allerdings fest, dass sich die Situation sogar verschlimmert. Vor zwei Monaten konnte Human Rights Watch interne Dokumente der tschetschenischen Regierung einsehen, die von den russischen Behörden gestohlen worden waren. Nach diesen Do-

kumenten ist es so, dass im Januar und Februar 126 Menschen verschwunden sind, und zwar auf die Weise, die ich Ihnen eingangs beschrieben habe. Dieses Dokument hält auch fest, dass im Jahre 2002 1102 registrierte Morde an Zivilpersonen begangen wurden und mehrere hundert Morde an Polizeibeamten, an Armeeangehörigen und Angehörigen der Sicherheitsbehörden. Nachdem wir uns mit diesen Zahlen vertraut machen konnten, haben wir sie den Medien zugeleitet. Zunächst einmal hat die tschetschenische Regierung bestritten, dass diese Zahlen zuträfen. Der Bericht der Fachleute des Europarates vom Januar 2003 – hier wurde ja festgestellt, dass 63 Personen verschwunden sind – hat das aber noch einmal unterstrichen. Dann hat der Leiter der tschetschenischen Sicherheitsbehörde festgestellt, dass zwischen Januar und Februar des Jahres 2003 240 Personen verschwunden sind. Also zunächst einmal haben die Russen das zwar verneint, aber die tschetschenischen Behörden haben dann bestätigt, dass diese Zahlen stimmen. Um die Sache ein bisschen ins rechte Licht zu rücken: Wenn man über 60 verschwundene Personen pro Monat spricht, dann bedeutet das mehr als 700 im Jahr. Das kommt ungefähr an die Rate von verschwundenen Personen heran, die wir in Algerien in den 90er Jahren erlebt haben. Wenn man jetzt Russland insgesamt sieht und die Mordrate in das Verhältnis zur russischen Mordrate setzt, dann sind das 5 bis 10 mal so viele und sicherlich 50 bis 100 mal höher als die Mordrate hier in Deutschland. In den letzten 5 Monaten kann man sicherlich feststellen, dass die russische Regierung immer wieder behauptet, sie suche jetzt nach einer politischen Lösung des Konfliktes. Ich kann mir nur schwer vorstellen, wie man nach einer politischen Lösung für diesen Konflikt suchen kann, wenn man gleichzeitig dieses Ausmaß von Menschenrechtsverletzungen, wie ich es Ihnen beschrieben habe, verübt. Hand in Hand mit diesen Menschenrechtsverletzungen gehen auch die Aktivitäten der Staatsanwaltschaft. Russland ist natürlich verpflichtet, solchen Menschenrechtsverletzungen nach zu gehen, hat die Verpflichtung, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die sie begangen haben. Aber dies tun die Russen einfach nicht. Wie Oleg schon gesagt hat, ist es im Grunde genommen seit Beginn des Konfliktes so, dass nur eine sehr sehr geringe Anzahl von Menschen solcher Menschenrechtsverletzungen schuldig gesprochen wurde. Im Februar 2000 trieben russische Truppen im Dorf *Aldi* (?) Menschen zusammen und exekutierten insgesamt 60 Zivilpersonen. Russische Offizielle haben zugegeben, dass es an diesem Tag tatsächlich eine solche militärische Operation russischer Truppen in diesem Dorf gegeben habe. Aber nach offiziellen russischen Angaben seien sie leider nicht in der Lage, diejenigen zu identifizieren, die für diese 60 Morde

verantwortlich seien. Dann gab es einen weiteren Zwischenfall: Ein Mann, der im Jahr 2000 während eines Verhörs auf einer Polizeistation schwer gefoltert wurde und der währenddessen sogar sein rechtes Ohrläppchen verloren hat, weil die Polizisten ihm dieses abgeschnitten hatten. Als wir die Sicherheitsbehörden hierauf ansprachen sagten sie uns: „Ja, er ist in der Tat an diesem Tag bei uns festgehalten worden.“ Aber aus merkwürdigen Gründen konnte man uns andererseits nicht sagen, wer für diesen Fall von Folter verantwortlich war. In all diesen Fällen von Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien ist die einzige Möglichkeit, wie die Opfer solcher Menschenrechtsverletzungen überhaupt Gerechtigkeit erfahren können, die, zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gehen. Das ist natürlich ein sehr langwieriges und schwieriges Verfahren. Es verlangt von ihnen auch sehr viel Willenskraft und unerhört viel Geduld. Ich denke, es ist uns allen klar und ich denke, es ist auch der russischen Regierung klar, dass die Situation in Tschetschenien irgendwie gelöst werden muss. Das Problem ist, nur, wie die Russen versuchen, es zu lösen. Das macht die Dinge einfach nur noch schlimmer. Ich glaube, es ist von entscheidender Bedeutung, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten, selbstverständlich auch Deutschland, ganz klar und offen gegenüber dem russischen Präsidenten diese Dinge ansprechen. Denn indem man den Russen dieses nur immer wieder sagt, indem man die gegenwärtigen Bemühungen der Russen um eine politische Lösung nur unterstützt, wird gar nichts passieren. Die Situation wird sich immer weiter verschlechtern. Wir müssen, denke ich, viel offener damit umgehen. Wir müssen es viel offener ansprechen, wir müssen auf eine echte Lösung drängen und nicht einfach nur Lippenbekenntnisse ablegen, dass man generell für eine politische Lösung ist.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Lohman. Wir haben jetzt die Eingangsstatements gehört und ich lade jetzt die Kolleginnen und Kollegen ein, ihre Fragen zu stellen. Wir machen das so, dass ich erst einmal alle Fragen, die jetzt aufkommen, sammeln werde. Und dann haben Sie in der Reihenfolge der Statements auch die Gelegenheit, dazu Antworten zu geben. Wir können diese Frage- und Antwortrunde bis viertel vor drei fortsetzen, dann werde ich abbrechen und Ihnen noch einmal je 5 Minuten für politische Empfehlungen an uns geben. Ich habe schon zwei auf der Liste, ich nehme sie nacheinander vor. Kollege Eppelmann zunächst – wir schreiben alle auf - Kollege Eppelmann, bitte.

Abg. Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich habe eine Frage speziell an Herrn Orlov. Ich möchte vorausschicken, dass ich vor wenigen Wochen mit einem Kollegen in Moskau war und wir dort ein Gespräch mit Nowoti führten, die uns den Eindruck vermitteln wollten, dass die Armeeingehörigen, die Straftaten in Tschetschenien verbringen, vor ein ordentliches Gericht gestellt und bestraft werden. Die haben uns da auch Videoaufnahmen von Inhaftierten gezeigt. Ich habe den Brief des stellvertretenden Generalstaatsanwaltes nur überfliegen können und habe dabei feststellen können, dass die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere, die verurteilt worden sind, sehr viel geringer als die der Wehrpflichtigen oder normalen Soldaten ist. Wird etwa bei der Auswahl, wer wird verurteilt und dann auch mit Freiheitsstrafe bestraft, ein Unterschied gemacht zwischen Offizieren und Soldaten? Dieser Eindruck entsteht jedenfalls bei mir, dass Offiziere sehr viel milder behandelt werden als einfache Soldaten. Zweitens: Können Sie etwas dazu sagen, wie groß der Prozentsatz der hier aufgeführten Prozesse im Verhältnis zu den tatsächlich, vermutlich vorgenommenen Straftaten ist? Bemüht sich die Rechtspflege in Russland, möglichst alle zu kriegen? Haben Sie diesen Eindruck oder sind das sehr sehr wenige, um die internationale Öffentlichkeit möglicherweise nur zu beruhigen und den Eindruck zu vermitteln, dass man alles tut, was an dieser Stelle getan werden muss?

Die Vorsitzende: Schönen Dank, bevor ich die weiteren Kollegen aufrufe: Dies ist eine Anhörung des Menschenrechtsausschusses, in der, obwohl sie öffentlich ist, natürlich nur die Abgeordneten ein Fragerecht haben. Ich habe nämlich auch Finger hochgehen sehen von anderen sachverständigen Personen, die wir kennen, aber es ist eben eine öffentliche Ausschussanhörung, wo das Auditorium zuhören, später auch damit arbeiten, aber leider nicht fragen kann. Ich lese mal gerade vor, wen ich von den Kollegen auf der Rednerliste habe. Wer noch nicht darauf ist, möge sich bitte melden: Die Kollegen Bindig, Hettlich, Friedrich, Oswald, Graf und Meckel. In der Reihenfolge rufe ich jetzt weiter auf. Kollege Bindig, bitte.

Abg. Bindig: Da ich ja selbst im Auftrage des Europarates einige Berichte über die Menschenrechtsslage in Tschetschenien verfasst habe, interessiert mich natürlich insbesondere die aktuelle Entwicklung und einige Ihrer Einschätzungen. Herr Kowaljow hat neulich eine Äußerung über die Frage gemacht, wie die Mordaktionen gesteuert sind. Meine Frage: Sind es Einzelfälle, dass Soldaten betrunken sind und dann irgendwo hingehen und wüten? Oder sind es Ihrer Einschätzung nach gezielte

Aktionen, die von oben gesteuert sind, dass Leute terrorisiert werden, verhaftet werden, dann zusammen gebracht werden und vielleicht gar in einem Massengrab wiedergefunden werden. Das heißt: Ist das eine gesteuerte Aktion von oben, die Terror verbreiten soll oder sind es mehr aus der Disziplin geratene Soldaten in Einzelfällen? Das ist meine erste Frage. Meine zweite Frage ist: Hier ist in den westlichen Medien über das Amnestiegesetz, welches jetzt erlassen worden ist, berichtet worden. Und dieses ist sehr oft positiv bewertet worden, dass das ein Versuch der Versöhnung ist. Meine Frage ist: Wie schätzen Sie denn das ein? Ist es mehr der Versuch, jetzt die russischen Sicherheitskräfte zu amnestieren oder ist es in erster Linie daraufgerichtet, dass tschetschenische Kämpfer Amnestie erhalten sollen, um dann zurück zu kehren? Wie schätzen Sie diese Entwicklung ein? Und die dritte und letzte Frage von mir in dieser Runde ist: Es gibt ja die berühmte Order Nummer 80, dass bei den „mob up“-Operationen der Zachiski-Operationen, wie man sie nennen soll, immer Vertreter der Staatsanwaltschaft anwesend sein sollen. Es gibt auch Empfehlungen, dass Protokolle gemacht werden, wenn jemand verhaftet wird. Wird dieses beachtet oder wird dieses nicht beachtet?

Die Vorsitzende: Dankeschön Herr Kollege Bindig, Herr Kollege Hettlich, bitte.

Abg. Hettlich: Vielen Dank. Eine Frage an Herrn Orlov. Und zwar hat er eben gesagt, dass er einen Ausweg sieht, durch Verhandlungen zu einer politischen Lösung zu gelangen. Hier wäre die Frage: Auch mit militärischen Führern der Tschetschenen? Welche Personen können Sie sich da vorstellen? Welche Leute könnten die möglichen Verhandlungspartner sein? Dann hatten Sie gesagt, dass die Lösung der Straflosigkeit ein ganz entscheidendes Problem ist. Dort hat ja der Europarat vorgeschlagen, einen Ad-hoc-Strafgerichtshof einzusetzen. Sehen Sie da überhaupt eine Chance, dass dieser Strafgerichtshof überhaupt zum Arbeiten kommt. Wie beurteilen Sie das? Und wie sehen Sie die Chancen gleich auch für einen Durchbruch? Beispielsweise habe ich hier diesen Fall von Juri Budanov. Wenn es gelingt, diesen Fall richtig zu ahnden, würde das nicht auch eine Nachfolgeeffekt auf weitere künftige Verfahren in Russland haben? Und die dritte Frage ist: Wie beurteilen Sie die Rolle von Putin innerhalb dieser ganzen Konstellation? Dankeschön.

Die Vorsitzende: Dankeschön. Frau Kollegin Friedrich hat das Wort.

Abg. Friedrich: Ich glaube, meine Frage richtet sich auch an Herrn Orlov. Und zwar: Gibt es Erfahrungen darüber, was mit den Menschen passiert, die nach Moskau zurückkehren? Finden Sie in der Stadt überhaupt Aufnahme? Haben sie Probleme mit Behörden und eine ganz wichtige Frage: Sind Ihnen Fälle bekannt, in denen Tschetschenen nach Ihrer Rückführung nach Russland besonderen Repressionen ausgesetzt sind? Ich glaube, Herr Orlov oder Frau Gannuschkina sind dafür kompetent. *(Auf Nachfrage)* Jaja, es geht um Flüchtlinge, die im Ausland waren.

Die Vorsitzende: Kollegin Oßwald, bitte.

Abg. Oßwald: Ich habe noch eine Zusatzfrage zu der Frage von Herrn Bindig. Und zwar: Es gibt ja immer wieder die Behauptung, dass die Attentate oftmals auch von russischer Seite gesteuert werden, um sich einen gewissen Handlungsspielraum in Tschetschenien zu verschaffen. Inwiefern können Sie das bestätigen? Und zu Frau Friedrichs hätte ich auch noch eine Zusatzfrage, und zwar: Es gibt ja immer wieder Berichte über sehr starken Rassismus in der Bevölkerung in Russland, z.B. auch in St. Petersburg und in Moskau. Was können Sie darüber berichten? Und jetzt gibt es den Mord an *Zora Bitjewa* (?) . einer Menschenrechtlerin – das ist übrigens schon der zweite Mord an einer Menschenrechtlerin. Wie schätzen Sie da die Lage ein und müssen Sie da auch etwas befürchten?

Die Vorsitzende: Dankeschön. Frau Kollegin Graf, bitte.

Abg. Graf: Vielen Dank für Ihre Berichte. Mich interessiert im Bereich Tschetscheniens insbesondere die Situation der Frauen. Das Thema systematische Vergewaltigungen: Findet das statt? Ist das ein Thema? Und wo findet es insbesondere statt? Findet man so was oft in der Haft oder eher in irgendwelchen anderen Bereichen? Das Thema Traumatisierung der Flüchtlinge und der Daheimgebliebenen: Wie viel Prozent der Flüchtlinge aus dem Bereich Tschetschenien in Moskau oder Inguschetien bzw. auch derjenigen, die noch in Tschetschenien leben, sind nach Ihren Schätzungen traumatisiert, insbesondere bei den Frauen? Und was mich auch noch interessiert wäre die Situation alleinstehender Frauen, bzw. von Witwen mit Kindern. Wie sind deren Lebensperspektiven, wie sind deren Lebensumstände? Und auch: Welche Hilfe kann man auch von unserer Seite ins Auge fassen? Und dann möchte ich noch eine Zusatzfrage zum Thema Amnestie stellen: Herr Kollege Bindig hat das

Thema der Diskussion um die allgemeine Amnestie für Straftäter angesprochen. Hat es außerhalb dieser Diskussion um die Amnestie weitere Amnestierungen von Straftätern im Bereich der Verfolgung von tschetschenischen Bürgern gegeben?

Die Vorsitzende: Dankeschön. Kollege Meckel, bitte.

Abg. Meckel: Vielen Dank. Ich habe auch mehrere Fragen. Einmal: Welche bewaffneten Einheiten sind es, die diese jeweiligen Grausamkeiten, Säuberungen verüben? Es gibt ja verschiedene: Innenministerium, FSB, Armee. Kann man da Genaueres dazu sagen? Wie ist es mit den Truppen von Kadyrov, der ja da so eine eigene Schutztruppe hat? Wie weit sind die an diesen Dingen beteiligt? Die Frage ist auch: Ist das mehr ein Eigenleben? Das knüpft an eine Frage an, die schon gestellt wurde. Ist es mehr ein Eigenleben oder ist es zumindest innerhalb dieser Einheiten auch ein strategisches Handeln? Die zweite Frage: Gibt es Untersuchungen der eigentlichen Kriegsverbrechen? Man muss ja sagen, dass da ein Krieg stattgefunden hat, in dem die eigene Bevölkerung, und das sind ja alles russische Staatsbürger, bekriegt wurde. Sind der Beschuss mit Raketen, die ja zum Beispiel auf den Markt von Grosny abgeschossen wurden, grundsätzlich Kriegshandlungen, also nicht lediglich Terrormaßnahmen, so dass man sagen muss, diejenigen, die sie verursacht haben sind Kriegsverbrecher? Oder ist dieses alles als legitime Kriegsführung von russischer Seite angesehen worden? Dritte Frage: Es gibt ja offensichtlich zur Zeit die Politik der „Tschetschenisierung“, wie man das nennt. Das heißt, man will die Verantwortung in die Hände von ethnischen Tschetschenen legen, um zu sagen, die Tschetschenen übernehmen die Verantwortung selbst. Wie weit kann man sagen, dass das von der Bevölkerung anerkannt wird? Der Streit geht ja auch um das Referendum und die Akzeptanz des Referendums. Die Russen versuchen ja, deutlich zu machen, die Lage normalisiere sich. Wie die Anschläge und Terrorakte der letzten Wochen zeigen, ist das Gegenteil der Fall. Zum Amnestiegesetz: Das schließt auch an eine schon gestellte Frage an: Ist es richtig, dass die Gefahr besteht, dass viele Tschetschenen gar nicht von dem Gesetz betroffen sind, weil Terrormaßnahmen ausgenommen worden sind? Und wenn man sieht, dass sowieso alle Tschetschenen als Terroristen gelten, heißt das ja im Grunde, dass alles, was an bewaffneten Handlungen von Tschetschenen aus passiert ist, als Terrorismus gilt und die Tschetschenen gar nicht betroffen sind, so dass dann wirklich nur noch das Handeln der russischen Militärs amnestiert wird, es also gerade keine Integrationsmaßnahme oder irgendein Versöhnungshandeln ist. Letzte Frage: Flüchtlinge. In welchen umliegenden Republiken o-

der Nachbarländern gibt es überall Flüchtlinge? Ich selber habe im Pankisi-Tal vor einigen Wochen welche besucht. Da sind es offensichtlich 4 000, die aber offensichtlich sehr schlecht versorgt sind. Das heißt: Wie ist die Versorgung der Flüchtlinge? Kommen internationale Organisationen an die Flüchtlinge heran, um sie angemessen zu unterstützen?

Die Vorsitzende: Schönen Dank Kolleginnen und Kollegen. Das war ja jetzt eine ganze Bandbreite von vielen Fragen. Ich glaube, das zeigt Ihnen auch, wie interessiert und engagiert sich die Kollegen – es sind auch Kollegen aus anderen Ausschüssen jetzt hier in der Fragerunde – mit Tschetschenien beschäftigen. Ich sehe das so, dass Sie jetzt so viele Fragen haben, dass, wenn ich mal die Zeit angucke, jeder und jede von Ihnen etwa eine Viertelstunde hat. Ich stelle Ihnen anheim, ob Sie das gleich ausschöpfen wollen. Aber viertel vor drei, würde ich sagen, machen wir dann die Empfehlungsrunde. Dann hat jeder von Ihnen noch einmal 5 Minuten und wenn wir dann keine Zeit mehr zum Nachfragen haben, war das jetzt jedenfalls für den ersten Block eine ganze Bandbreite, was wir schon hören konnten. Ich rufe in der Reihenfolge der Eingangsstatements auf: Jeder von Ihnen hat etwa eine Viertelstunde. Ob Sie das jetzt direkt ausschöpfen wollen, oder ob wir hinterher noch mal eine kleine Nachfragerunde haben wollen, stelle ich Ihnen anheim. Ich höre da keinen Widerspruch, wir machen das so. Herr Orlov bitte, Sie fangen an und dann kommt Frau Gannuschkina und dann Sie, Herr Lohman. Herr Orlov, bitte.

Herr Orlov: Also ich bin jetzt 15 Minuten dran, ja?

Die Vorsitzende: Sie müssen das nicht. Sie können auch kürzer antworten und ich schreibe Ihnen das gut. Dann können Sie hinterher noch einmal zu Wort kommen, wenn Sie das wollen.

Herr Orlov: Danke. So viele Fragen, das geht gar nicht in kürzerer Zeit. Zur Bestrafung der Offiziere und Soldaten: Vielleicht haben Sie recht, es gibt da Unterschiede in der Bestrafung zwischen Offizieren und Soldaten. Wichtiger ist für mich aber: Der Unterschied zwischen der Anzahl der Straftaten und den Taten, zu denen auch Urteile ergangen sind, ist furchtbar. Offiziell haben Sie und wir von der russischen Seite gehört: 167 Strafverfahren zu den Straftaten gegen die Zivilbevölkerung. Das ist alles Unsinn. Sie reden nur von den Verfahren, zu denen die Militärstaatsanwaltschaft

Verfahren eingeleitet hat. Die Militärstaatsanwaltschaft hat nur die Spitze des Eisberges im Blick: Was die Militärs begangen haben, wo man genau den Truppenteil ermitteln konnte und wo es für alle anderen ganz offensichtlich gewesen ist. Dann befasst sich damit die Militärstaatsanwaltschaft. In den meisten Fällen geht es aber um mehr als tausend Straftaten. Offiziell hat die russische Seite folgende Zahlen vorgelegt: 417 Strafverfahren gegen die Zivilbevölkerung, die nicht von der Militärstaatsanwaltschaft sondern durch ein ziviles Strafverfahren verfolgt werden. Das ist Betrug. Ich habe das in unserem Bericht nachgewiesen. Es sind viel mehr. Was passiert denn hier, wenn von bewaffneten Leuten mit Schützenpanzern, die in die Häuser gehen, Straftaten begangen werden? Die kommen mit ihren Schützenpanzern vorgefahren. Die Militärstaatsanwaltschaft verweigert dann die Verfolgung. Dann heißt es: „Das waren doch Militärs!“ – „Nein, vielleicht waren das auch Tschetschenen! Das muss nachgewiesen werden, dann machen wir das auch.“ Die tschetschenische territorial zuständige Staatsanwaltschaft befasst sich dann damit. Aber diese zivile Staatsanwaltschaft hat auch keine Möglichkeit, Ermittlungen, Verhöre und Befragungen bei Militärs zu führen. Das heißt, der Löwenanteil verkümmert dann bei der tschetschenischen Staatsanwaltschaft. Ein Teil der Verfahren wird verfolgt. Dann wird nachgewiesen, dass es Militärs waren. Es wird an die Militärstaatsanwaltschaft weitergeleitet. Dann schauen die sich das an: „Nein, nein, das ist gar nicht so!“ Und dann wird das hin und her geschickt und so wechselt das immer hin und her. 168 Verfahren liegen bei der Militärstaatsanwaltschaft. Davon sind 41 Strafverfahren. Mehr als 1000 Verfahren sind bei der tschetschenischen Staatsanwaltschaft anhängig. Davon sind mehr als 70 % schon eingestellt worden und zwar weil man keine Schuldigen finden kann. Dann kommen ganz erstaunliche Sachen dabei heraus. Bei den Säuberungen, die offizielle Operation, kommen ganz unbekannte Leute. Da schreibt die Staatsanwaltschaft: In Tarnuniform haben Sie jemanden in den Mannschaftstransportwagen verladen und haben ihn weggebracht – nicht irgendwohin sondern in ein Filtrationslager. Danach ist diese Person verschwunden. Wir können diesen unbekanntem Mann nicht finden, obwohl man genau weiß, wer diese Aktion geleitet hat, welche Truppenteile dabei waren, welcher General das Kommando gegeben hat – aber man findet die Leute nicht. Noch einmal: Was untersucht worden ist, ist nur die Spitze des Eisberges. Die betrunkenen Soldaten, die aus der Disziplin geratenen Soldaten? Nein, das machen ganz konkrete Leute auf Befehl. Sowohl das eine als das andere. Die Urteile, die es gegeben hat, sind wahrscheinlich alles Fälle von Undiszipliniertheit und Betrunkeneheit. Was hier besprochen wurde, wo Leute mit

einem Schützenpanzerwagen nachts an einem Haus vorfahren, da geht es nicht um Trunkenheit. Das sind organisierte Gruppen. Die haben einen Befehl dazu. Woher kommen denn die Befehle? Aus Moskau? Oder aus dem Kommando aus Tschetschenien oder einer noch niedrigeren Ebene? Es sind Befehle von Vorgesetzten, es sind organisierte Gruppen. Die Leute, die auf diese Art und Weise an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten verschwinden: Deren Sachen findet man dann an ein und demselben Ort in Gräbern wieder. Das klingt schrecklich. Es sind standardmäßige Stellen. Da gibt es einen Garten in (?): Das ist ganz bekannt. Da werden die Leute hingebacht aus Usnatan (?), aus dem Reijon (?) und dort werden die Leichen dann einfach hingekippt. Die örtliche Bevölkerung kommt dann und holt die Leichen ihrer Angehörigen ab. Das kann nur von organisierten Gruppen begangen werden. Die haben ganz bestimmte Ziele. Es gibt also sowohl das eine als auch das andere.

Das Amnestiegesetz, der zweite Punkt: Eine sehr wichtige Frage. Dieses Gesetz wäre gut, wenn es da nicht Besonderheiten gäbe. Wir haben keine Angst davor, dass die Militärs, die schwere Verbrechen, schwere Straftaten begangen haben, von der Verantwortung befreit werden. Aber es gibt die Möglichkeit, dass die tschetschenischen Kämpfer aus dem Wald kommen und die Waffen niederlegen. Das wird aber auch nicht sein, weil die Amnestie weder auf den Terrorismus noch auf Mord, Raub und Banditentum ausgedehnt wird. Man nennt sie ja auch „Banditen“, na ja gut. Aber am erstaunlichsten ist doch, dass diese Amnestie sich nicht auf Art. 317 des Russischen Strafgesetzbuches, „Übergriff auf das Leben von Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden oder auf das Leben von Militärs“ erstreckt. Wie soll man das dann auf die Kämpfer ausdehnen und erstrecken, wenn diese Kämpfer nicht in den Wäldern leben und die Maschinenpistolen in die Hand genommen haben? Er ist immer mittelbar und unmittelbar beteiligt an derartigen Dingen. Sie haben Aufklärung (*Rebellion?*) betrieben, sie fallen immer unter diesen Artikel und werden immer darunter fallen. In der Wirklichkeit wird diese Amnestie vielleicht einen Teil der Kämpfer betreffen, aber das ist hier sehr klug gemacht: Einer der hier amnestiert wird, wird immer am Haken gehalten werden. Man wird immer sagen können: „Du warst doch damals schon bei dieser Truppe dabei und Ihr habt doch soviel Schützenpanzerwagen in die Luft gejagt!“ Eine sehr gefährliche Sache! Sie werden immer in der Hand von irgendwelchen Leuten beim FSB, bei Kadirov sein. Man kann sie immer manipulieren. Eine sehr gefährliche Sache! Und bei Versuchen, auf die Abgeordneten ein-

zuwirken, dort Veränderungen vorzunehmen, bekamen wir als Antwort: „Nein, das ist unwahrscheinlich, dass man diesen Artikel rausnimmt. Der Kreml will das nicht.“

Der Befehl 80 wird in verschiedener Form fast nicht erfüllt. Die, die in die Häuser kommen, werden nicht zur Verantwortung gezogen. Die Schützenpanzerwagen, die vor den Häusern auffahren, haben gar keine Nummerierung. Manchmal kommen sie maskiert, manchmal auch nicht maskiert. Im Befehl 80 steht drin, dass Masken nur in Sonderfällen getragen werden dürfen. Aber: Jemand kommt zu Ihnen, ein unbekannter Mann mit einem Schützenpanzerwagen, der keine Nummer hat. Woher wollen Sie wissen, wer das ist? Auch wenn man all das schlechte nimmt, was wir wissen, es gibt eine gute Sache: Die Anzahl der Säuberungen geht seit September/Oktober vergangenen Jahres, als die Entscheidung über das Referendum gefallen war, stark zurück. Danach hat man wohl beschlossen, dass man diese Säuberungen zurück fährt. Es ist tatsächlich so: Im Flachland Tschetscheniens ist es zurückgegangen, in den Bergen macht man da weiter. Aber es passiert das, was wir gesagt haben: Das System wird immer durch etwas anderes kompensiert. Die Säuberungen lassen nach, dafür kommt es häufiger zu diesen nächtlichen Übergriffen der Todesschwadronen.

Zu den Verhandlungen: Meiner Meinung nach sollte man anfangen mit der einzigen Figur, die im wesentlichen Teil von der tschetschenischen Gesellschaft in den verschiedenen Ausprägungen akzeptiert wird, mit Maschradow. Ob man ihn nun liebt oder nicht. Man kann sagen, er sei schlecht. Ja, er ist ein schlechter Politiker. Aber sie akzeptieren ihn als legitime Person und man kann die Extremisten, die schreckliche Anschläge verübt haben, herausziehen. Ein Teil des tschetschenischen Widerstandes, der vernünftig denkt, kann nützlich sein, um den politischen Prozess voranzubringen, und dann kann man solche Verhandlungen mit Maschradow machen. Aber das Referendum hat für diese Verhandlungen wieder eine neue Barriere eingebaut. Zum Internationalen Strafgerichtshof: Wir, also die Menschenrechtler, nicht nur Memorial, sondern auch andere russische Organisationen, sind sehr für eine solche Idee und unterstützen auch Herrn Bindig. Die Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates – dies vor dem Hintergrund der Straflosigkeit – wäre eine wunderbare Angelegenheit: Ich weiß nicht, ob das real ist, ob man das im wirklichen Leben umsetzen kann. Sie sehen das besser meine Herrschaften! Ich weiß, dass sich Russland dem leider mit allen Kräften widersetzen wird.

Zur Rolle Putins: Ja, nach meiner Meinung spielt er eine schlechte Rolle in dieser Geschichte. Wissen Sie, er ist auf der Welle dieses Krieges an die Macht gekommen.

Dies braucht er jetzt nicht. Es wäre gut gewesen, wenn man diesen Krieg beendet hätte. Die Macht der Militärs in Russland und auch die Machtstrukturen der überwachenden Einheiten, der Ministerien sind zu stark. Man kann sich dem nicht widersetzen und sie sind nicht bereit, etwas real in Tschetschenien zu verändern. Wenn Sie sich das einmal ansehen: Der vernünftige und nachvollziehbare Präsident, der sehr öffentlich vernünftig spricht, verändert sich, wenn Fragen zu Tschetschenien gestellt werden. Man merkt, dass es ein schmerzhaftes Thema ist und man kann es nicht vernünftig diskutieren. Es kommen keine rationalen Erwägungen. Wir sind dafür, vernünftig aus dieser Situation heraus zu kommen.

Die terroristischen Anschläge, die Explosionen: Ob das von der russischen Seite gesteuert wird, weiß ich nicht. Wir haben da keine Angaben dazu. Man kann es vermuten, den Verdacht haben. Am Vorabend des Referendums wurden in dem Dorf *Stagasluscha (?)* zwei Mitarbeiter des FSB von der Bevölkerung festgehalten. Diese hatten versucht, einen Lastwagen - und zwar auf der Straße - in die Luft zu sprengen. Als Antwort haben sie gegeben, die FSB-Mitarbeiter hätten dies gar nicht gemacht. Sie hätten da eine Imitation hingelegt, um mal zu überprüfen, wie sich die örtliche Bevölkerung und die Ermittlungsbehörden denn verhalten werden. Am Vorabend des Referendums wollte man dies mal testen. Ich weiß nicht, was man davon halten soll. Zu Frau *Zora Bitjewa (?)*, eine sehr wichtige Frage: Am 17. Mai 2003, jetzt erst vor kurzem, hat es im Dorf *Kalinoskaia (?)* diesen politischen Mord gegeben. *Zora Bitjewa (?)* ist mit ihrer Familie, ihrem Mann, ihrem Bruder, ihrem Sohn von unbekanntem Leuten umgebracht worden. Es war eine große Gruppe von Dutzenden von Leuten. Sie sind dort in *Kalinoskaia (?)*, nach *Hankale (?)* ist das die zweite Ortschaft mit der höchsten Konzentration von dort stationierten russischen Kräften, heimlich hingekommen, haben getötet und sind wieder davongegangen. Der Verdacht besteht, dass hierfür die föderalen Behörden die Verantwortung tragen. Es ist ein schrecklicher Mord, der vor dem Straßburger Gericht besprochen wird. Sie hatte sich an dieses Gericht in Straßburg gewandt und man sieht, dass es sehr schlimme Folgen haben kann, wenn man sich an das Gericht in Straßburg wendet. Sie hat sich dort hingewandt und sie wurde umgebracht. Dies ist sehr furchtbar.

Die Vorsitzende: Ich will fürs Protokoll ansagen, dass Frau Gannuschkina jetzt das Wort hat. Bitteschön!

Frau Gannuschkina: Ein kurzer Kommentar zu den Exkursionen, die wir gerade gehört haben. Bezüglich der Scheinmine: Wir haben schon ähnliches gehört. Als in *Jersan (?)* angeblich eine Explosion vorbereitet und das von der Miliz in *Jersan (?)*, die dort sehr gut gearbeitet hat, aufgedeckt worden war, wurde das gleiche gesagt. Nämlich, dass dies Vorbereitung für ein Manöver, für eine Übung des FSB war. Ich verstehe das nicht so recht. Wenn das wirklich Zucker gewesen wäre, warum hätte man den auf einer brachliegenden Fläche sprengen müssen? Sehr seltsam. Aber immer, wenn so etwas passiert, stellt man plötzlich fest, dass es nur ein Manöver, eine Überprüfung war. Wollte man feststellen, ob die Miliz arbeiten kann oder nicht? Also, es ist sehr schwierig, Genaues weiß man nicht. Ich möchte darauf hinweisen, dass die gestrige Säuberung in Inguschetien genauso unter Missachtung des Befehles Nummer 80 vor sich ging. Niemand hat sich zu erkennen gegeben und niemand hat erklärt, warum das durchgeführt wird.

Ich möchte auf eine Frage antworten: Was geschieht, wenn jemand abgeschoben wird? Es ist natürlich sehr verführerisch zu sagen, dass die Leute dann gefoltert werden. Das kann ich nicht sagen. Ich kenne nur drei Abschiebungen. In zwei Fällen haben diese Leute sich wieder bei Deutschen gemeldet. In einem Fall hat die Person sich mit uns in Verbindung gesetzt und gesagt, dass sie nicht nach Tschetschenien fahren und wieder in Ausland gehen will. Mehr weiß ich nicht. Sie wollte nicht mal mit uns Verbindung aufnehmen. Das waren die Personen aus dem Ausland. Einer aus *Rassajiwor (?)*, der aus Deutschland zurückgeführt wurde, hatte falsche Dokumente. Er hat das auch zugegeben. Also solche Fälle gibt es natürlich auch und da ist die Ausreise natürlich gerechtfertigt. *Aber es gibt natürlich hier in Deutschland, wo sehr viele Tschetschenen leben (...?).* Aber es gibt auch in Tschetschenien Platz für Rückkehrer, aber unter sehr sehr beengten Bedingungen. Aber ich möchte noch folgendes betonen: Die Leute, die aus dem Ausland zurückkommen, leben, wenn sie nach Tschetschenien kommen, in Gefahr. Ich kann kein konkretes Beispiel anführen. Aber sogar wenn sie aus Inguschetien zurückkehren, wissen sie auch, dass sie zwei Jahre in Inguschetien waren und dass sie in Gefahr leben. Und natürlich leben diese Menschen immer unter einem Verdacht und die Maßnahmen gegen sie werden sofort ergriffen und das Ergebnis ist sehr offensichtlich.

Nun zu Budanov. Dieser Fall, der insbesondere dank des Rechtsanwaltes der Gegenseite der Eltern des ermordeten Mädchens aufgedeckt wurde, ist natürlich beispielhaft. Sie wissen ja, Budanov war der Mann, der ein Mädchen entführt und ermordet hat. Er war betrunken und dies geschah am Geburtstag seiner eigenen

zweijährigen Tochter. Dieser Fall ist sehr beispielhaft, wo man sich bemüht, ihn so darzustellen, dass hier ein Soldat der russischen Armee, Budanov, Widerstand gegenüber einem tschetschenischen Offizier geleistet hat. Mir wurde folgendes gesagt: „Wir sind nicht dafür verantwortlich, was in Tschetschenien passiert. Wir haben nicht die Anweisung, zu rauben und zu töten. Wir können hier nichts tun, weil unsere Armee so ist. Das wird auch von der russischen Gesellschaft verurteilt.“ In Wirklichkeit ist es so, dass hier in diesem Fall auch General Gerassimov verwickelt ist, den man aber plötzlich nicht finden kann. Es gehört auch General Bereilski (?) dazu. Hier gehört auch Leutnant Bagrejew (?) dazu, der den Befehl gegenüber Budanov verweigert hat. Und dann hat jedoch General Bachanikov (?) bei den Eltern um Verzeihung gebeten. Also es ist wirklich so: Nicht die ganze Armee ist so schlecht wie hier geredet wird. Ich habe das auch unserem Präsidenten gesagt. Es ist nicht so, dass der Präsident für alles verantwortlich ist, was geschehen ist. Es gibt aber hier zwei Seiten. Das Verfahren ist ein sehr wichtiges. Jetzt gibt es schon das sechste Gutachten und jetzt hat der General Schamalov (?) gesagt: „Wir werden mal schauen, wie sich die Oberste Staatsführung zur Armee verhält.“ Natürlich erwartet niemand ein grausames und hartes Urteil, sondern nur ein gerechtes. Aber sogar wenn das passieren sollte, dann bedeutet das nicht, dass es sehr weitgehende Folgen haben wird. Weiterhin: Bei dem Informationsstand, den wir jetzt aus besonderen Quellen haben, gibt es natürlich eine anti-tschetschenische Einstellung unter den Russen. Das sehen wir jeden Tag. Und dieser Milizionär, der gesagt hat: „Der Tschetschene ist unser Feind“, hat natürlich recht. Er stützt sich ja auf die Meinung der Bevölkerung. Es gibt eine „Tschetschenenphobie“, eine Phobie gegenüber Kaukasiern. Das ist eine negative Einstellung gegenüber den dunkleren Menschen, Menschen mit dunklerer Hautfarbe. Dies ist so ähnlich, wie es früher mit den Schwarzen in Amerika war. In der Gesellschaft gibt es natürlich verhängnisvolle Prozesse. Ich habe schon gesagt, dass natürlich die Tschetschenen Opfer dieses Prozesses in ganz Russland sind. Das geschieht im ganzen Land.

Was die Flüchtlinge anbelangt: Es gibt 600 000 offizielle Flüchtlinge aus Tschetschenien in Russland. 12 000 genießen eine gewisse staatliche Unterstützung, sie sind vom föderalen Migrationsdienst anerkannt. Das heißt: Diese sind aber nicht ursprünglich Tschetschenen. Die eigentlichen Tschetschenen haben diesen bevorzugten Status nicht. Jetzt sagt man, dass es nur 60 000 Flüchtlinge sind. Das ist genau falsch. Es sind zehnmal mehr. Hilfe bekommen diese Leute überhaupt nicht. Die Antwort ist völlig einfach: Sie bekommen keinerlei Unterstützung. In den Lagern gibt

es noch gewisse humanitäre Hilfe. Aber wenn man aus Inguschetien rausgeht und irgendwo anders leben möchte, gibt es keinerlei Unterstützung.

Jetzt zu der Frage, welcher Prozentsatz traumatisiert ist: Das sind 100%, natürlich insbesondere die Kinder. Man kann nicht mal mit ihnen ins Theater gehen. Sie haben Angst vor Luftballons, die platzen, vor Knallen, vor Schießereien. Ich fahre jetzt nach England, nach Belgien und Deutschland, um solche Flüchtlinge zu treffen, die in furchtbaren Umständen leben, damit sie hier aufgenommen werden können. Man fragt mich ja immer: „Wer kommt denn hierher zu euch? Das sind doch nur die, die viel Geld haben!“ Natürlich kommen die, die Geld haben. Aber die Flüchtlinge sind nicht unbedingt arm. Sie können irgendwo Geld verdienen. Aber diese Menschen unternehmen die letzten Anstrengungen, um sich das Geld zu verdienen. Eine Familie, die jetzt nach Belgien gekommen ist, ist praktisch physisch krank. Sie leidet unter Verfolgungswahn. Sie glaubt, dass man sie in Belgien ermorden will. Das ist ein Beispiel für diese Traumatisierung. Eine alleinstehende Frau mit Kindern. Wir kennen drei Frauen in Moskau, die haben elf Kinder zusammen. Sie erfahren keinerlei Hilfe, keinerlei Unterstützung. Sie leben ständig in der Gefahr, angehalten und beraubt zu werden. Sie arbeiten irgendwo als Putzfrau, um etwas Geld zu verdienen. Wie die sich überhaupt durchschlagen weiß ich nicht.

Flüchtlinge in Aserbaidschan und Georgien: Ich habe sie nur in Aserbaidschan gesehen und die aserbaidshianischen Behörden helfen ihnen auch nicht. Es gibt öffentliche Organisationen, die ihnen helfen möchten. Eine offizielle Hilfe gibt es nicht. Der Unterschied zu den Flüchtlingen in Moskau ist, dass man in Baku relativ ruhig durch die Straßen gehen kann, was in Moskau nicht möglich ist. Das ist das, was ich sagen wollte. Ich möchte jetzt das Wort weitergeben.

Die Vorsitzende: Angesichts des großen Wissens, das Sie über sehr bedrückende Tatsachen haben, kann ich Ihnen nur sehr danken und Ihnen großen Respekt erweisen, dass Sie mir hier die Arbeit abnehmen. Dankeschön. Jetzt hat Herr Diederik Lohman für ein Antwortstatement das Wort und danach können Sie sich schon einmal überlegen, was Ihnen am allerwichtigsten ist, was Sie uns mit auf den Weg geben wollen, wo wir Ihre Arbeit und auch Ihre politische Handlungsstrategie vielleicht fördern können. Vielleicht ist ja sogar etwas dabei, was wir bisher überhaupt noch nicht gesehen haben. Herr Lohman, bitte.

Herr Lohman: Zunächst einmal, was die Frage der Verbrechen und wer zur Rechenschaft gezogen wird, angeht, die Herr Eppelmann gestellt hat: Wenn man sich die Anzahl der Verbrechen ansieht und versucht, eine Zahl dafür zu nennen, da kommt man auf Tausende oder Zehntausende. Wenn man sich die Zahl der verschwundenen Personen ansieht, dann sind das Hunderte, wenn nicht über Tausend. Sieht man sich mal diejenigen an, die willkürlich ohne jede Rücksicht auf rechtsstaatliche Verfahren festgenommen worden sind, dann sprechen wir über Zehntausende. Fragen Sie nach der Zahl der Menschen, die misshandelt oder gefoltert wurden, dann sind es mindestens Tausende. Sprechen wir hier über die Zerstörung von Häusern, dann geht das, nun ja, Herr Bindig hat das ja selber gesehen, wie das in Grosny aussieht... Grosny besteht als Stadt praktisch nicht mehr. Wir sprechen also auch hier über Tausende und Abertausende von Fällen. Oleg hat das ja vorher schon gesagt. Die Russen haben eine Liste von 400, 500 vielleicht ungefähr 1000 Untersuchungen über Verbrechen dieser Art. Es ist also klar, dass die große Mehrheit solcher Verbrechen niemals irgendwie untersucht wird. Wie werden denn dann solche Untersuchungen durchgeführt, wenn Sie überhaupt durchgeführt werden? Also, wir haben als Organisation eine ganze Reihe von Fällen untersucht, bei denen es klare Beweise gab. Das hätte es ermöglichen sollen, diejenigen klar und deutlich zu identifizieren, die diese Verbrechen begangen haben. Das ist dann trotzdem aus welchen Gründen auch immer nicht geschehen. Daher haben ich und einige andere eine neue Organisation, die „Rechtsinitiative für Tschetschenien“ gegründet, um auf diese Weise solche Fälle zu sammeln und sie vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen. Ich habe eine kleine Broschüre, ich habe einige Exemplare hiervon Saskia Leuenberger gegeben. Sie kann das weitergeben. Hier gibt es 27 Fälle, die darin beschrieben werden, die vor dem Europäischen Gerichtshof vorgetragen wurden, wo es einfach keinerlei Untersuchung gegeben hat. Also ich stelle mir das so vor: Die nehmen sozusagen eine Akte, schreiben oben ein Aktenzeichen drauf, schreiben hin, welche Beschwerde sie bekommen haben, welche Beschwerde seitens des Opfers eingegangen ist und dann tun sie sie einfach in den Schrank und da bleibt sie dann. Und es wird niemals zu einer Beweisaufnahme oder sonst ähnlichen Dingen kommen. Dieser Befehl Nummer 80, darüber hat ja Oleg schon gesprochen, ich wollte nur noch dazu sagen, dass im Fall der *Frau Markajewa* (?), dem Fall, den ich Ihnen ja vorgetragen habe, sie den zuständigen Offizier ganz deutlich gefragt hat: „Identifizieren Sie sich, bitte! Was ist denn nun mit dem Befehl Nummer 80?“ Dieser Offizier hat gesagt: „Was soll denn das heißen, Befehl 80? Sie sollten nicht alles so wörtlich

nehmen.“ Also ganz klar: Dieser Befehl wird überhaupt nicht beachtet, obwohl es ja immerhin ein Befehl ist, der vom Militär selbst ausgegangen ist.

Ich glaube Frau Graf hat eine Frage zur Situation der Frauen gestellt. Da geht es vor allem um Fälle von Vergewaltigung, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Ich denke, ganz gleich, wo sich solche Fälle vollziehen: Vergewaltigungen sind schwierig zu dokumentieren und das ist vor allen Dingen in Tschetschenien der Fall. Denn eine Vergewaltigung ist ein solches Tabuthema in der tschetschenischen Gesellschaft, dass im Grunde genommen eine Frau, die auch ihrer Familie gegenüber zugibt, dass sie vergewaltigt worden ist, niemals eine Chance erhält, je zu heiraten. Da zögern die Frauen natürlich, darüber überhaupt zu sprechen. Aus diesem Grund ist das nicht etwas, was uns oft bei unseren Untersuchungen begegnet ist. Im letzten März hat eine sehr erfahrene Expertin, die auch im ehemaligen Jugoslawien über Vergewaltigungen recherchiert hat, in Inguschetien solche Fragen gestellt. Es ist ihr gelungen, fünf Fälle von sexueller Belästigung und Vergewaltigung, die sich alle über 3 - 5 Monate vollzogen haben, zu dokumentieren. Angesichts dieser Dokumentation, die sie erstellt hat, konnte sie den Schluss ziehen, dass es diese Vergewaltigungen ganz offensichtlich durchaus in relativ großem Ausmaß gibt. Aber sie sind aus den genannten Gründen sehr schwierig zu dokumentieren. In zwei der Fälle, die wir dokumentiert haben, war es so, dass die Frauen in der Tat zum Staatsanwalt gegangen sind und sich beschwert haben, aber das ist im Grunde genommen vom Tisch gewischt worden. Soweit wir wissen, gibt es auch keinerlei Untersuchungen zu diesen Fällen.

Sie haben dann auch noch gefragt, wie es mit der Traumatisierung der Flüchtlinge sei. Swetlana hat darüber ja schon gesprochen. Ich wollte in diesem Zusammenhang nur noch hinzufügen, dass die Traumatisierung auch diejenigen betrifft, die Opfer des sogenannten „Verschwindens“ geworden sind, und nicht nur auf diejenigen, die Tschetschenien verlassen haben, beschränkt ist. Ich würde sagen, dass im Grunde genommen die ganze Bevölkerung Tschetscheniens schwer traumatisiert ist. Vor allem aber sind diejenigen, deren Angehörige verschwunden sind, betroffen. Sie richten ihr ganzes Leben danach aus, ihre Familienangehörigen zu suchen oder wenigstens die Leichen ihrer Familienangehörigen wieder zu finden. Da gibt es also viele Menschen in Tschetschenien, deren Leben sich durch das Ereignis, durch das Verschwinden des Angehörigen komplett verändert hat. Jeden Tag gehen sie in Gefängnisse, gehen sie zum Staatsanwalt, gehen sie zu Offiziellen, versuchen sie über tschetschenische Mittelsmänner an sie heranzukommen, die ihrerseits versuchen,

mit dem Wiederauffinden des Verschwundenen Geld zu verdienen. Man folgt falschen Fährten, ich kenne viele Geschichten von Frauen, die uns erzählt haben, sie glaubten, sie hätten ihren Sohn gefunden. Dann gingen sie zum Gefängnis und es stellte sich heraus, dass da ein Mann mit dem selben Vor- und Nachnamen war, der dort einsaß. Sie können sich vorstellen, wie traumatisiert diese Frauen dadurch sind. Herr Meckel hat eine Frage gestellt, welche Einheiten hier verantwortlich sind. Dies ist in der Tat sehr schwierig zu sagen. In den meisten Fällen ist es so, dass die Truppen keinerlei Kennzeichen, keine Merkmale, durch die man sie identifizieren könnte, an ihren Uniformen haben. Auch sie selber identifizieren sich nicht. Oleg hat es ja bereits gesagt. Bei den Panzern, die vorfahren, ist es oft so, dass die Kennzeichnung ganz bewusst entweder verdeckt oder abgenommen wurde. Es gibt eine ganze Reihe von Theorien darüber, wer eigentlich hinter diesem Verschwinden von Personen steckt. Ich denke, die meisten würden wahrscheinlich sagen, dass dieses Verschwinden, diese nächtlichen Überfälle seitens der sogenannten Todesschwadronen, keine willkürlichen Aktivitäten sind. Da gibt es ganz offensichtlich irgendwelche entsprechenden Hinweise. Die Frage ist natürlich, ob diese Informationen in irgendeiner Weise zuverlässig sind. Wenn diese Informationen zuverlässig sind, sollte man die Leute auf gar keinen Fall verschwinden lassen oder töten und ihre Leichen verschwinden lassen. Es gibt eben aber dummerweise keine Beweise. Man kann eigentlich kaum nachweisen, dass das wirklich aufgrund solcher Hinweise und Informationen, die zufällig an die Truppen gehen, erfolgt. Das scheint so eine Art Kettenreaktion zu sein. Wir wissen aber nicht, wovon das ausgeht. Bekommen die Sicherheitskräfte irgendwelche Informationen und wird dann derjenige festgehalten, gefoltert und ermordet? Dann haben sie aus der Folter bestimmte Namen erzwungen, aus denen sie dann ihr nächstes Opfer aussuchen? Natürlich, wenn man jemanden foltert dann wird man auf jeden Fall immer irgendeinen Namen bekommen. Denn es gibt sehr sehr wenige Menschen, die der Folter widerstehen können und die dann nicht alles tun würden, was sie nur irgend können, damit das Foltern aufhört. Es ist offensichtlich nicht völlig willkürlich. Sie handeln offensichtlich aufgrund von irgendwelchen Informationen, aber ich denke in den meisten Fällen sind das eben völlig unzuverlässige Informationen. Selbst dann, wenn diese Informationen als zuverlässig zu bezeichnen sind, dann ist ja auch die Frage, welche Schritte man dann ergreifen sollte. Aber vermutlich ist eben eher die Information unzuverlässig. Denn wenn sie zuverlässig wäre, dann könnte man die Leute ja im Wege eines rechtsstaatlichen Verfahrens festsetzen und anklagen. Ich denke, wenn wir versuchen wollen, heraus-

zufinden, welche Einheiten dahinter wirklich stecken, dann würde ich sagen, dass der Hintergrund wahrscheinlich eher im nachrichtendienstlichen Bereich im weitesten Sinne, ob das jetzt die Bundessicherheitsbehörden oder ob das militärische Geheimdienste sind, liegt. Das ist sehr schwierig zu sagen. Das beantwortet vielleicht auch in gewisser Weise die Frage nach einem strategischen Plan, der vielleicht dahinter steht. Ich glaube nicht, dass man sagen könnte, dass das wirklich ein strategischer Plan ist. Das ist ja im Grunde genommen keine besonders effiziente Vorgehensweise, diesem Phänomen zu begegnen.

Lassen sie mich gerade noch einmal meine Notizen konsultieren. Zu dem Fall Budanov. Als Budanov im April, ich glaube es war am 1. April 2000, verhaftet wurde, da hatte ich eine gewisse Hoffnung, dass dieses endlich ein Präzedenzfall sein und den russischen Truppen zeigen würde, dass sie eben nicht ungestraft handeln können und in der Tat für das, was sie tun, zur Rechenschaft gezogen werden können. Aber ich denke, wenn Budanov in der Tat verurteilt würde, dann ist es trotzdem so, dass der Fall so politisiert worden ist, dass er im Grunde genommen viel von seiner symbolischen Wirkung verloren hat. Ich denke, es ist klar, dass er im Grunde genommen eigentlich das Opfer ist. Irgendeinen Schuldigen, einen Sündenbock musste man finden. Und wenn das dann der Eindruck ist, der unter den Militärs entsteht, dann bedeutet das nicht unbedingt, dass die das Gefühl haben, das könnte vielleicht auch für sie ein Risiko sein, dass sie, wenn sie solche Taten begehen, vielleicht verhaftet und angeklagt werden. Das bedeutet im Grunde, dass es für die Opfer der Verbrechen, deren man Budanov beschuldigt, von essentieller Bedeutung ist, dass er in einem rechtsstaatlichen Verfahren vor Gericht steht und dass er auch eine Verurteilung erhält, die seinen Verbrechen angemessen ist. Aber die möglicherweise symbolische Wirkung dieses Verfahrens ist einfach durch die Art und Weise, wie man vorgegangen ist, leider gänzlich untergraben worden.

Frau Graf hat, glaube ich, eine Frage zu der Lage der Witwen und alleinstehenden Frauen mit Kindern gestellt. Das ist kein Thema, auf das wir uns bei unseren Untersuchungen besonders konzentriert haben. Aber vor dem Hintergrund unserer Arbeit mit der „Rechtsinitiative für Tschetschenien“ ist es so, dass dort viele Frauen Rat und Hilfe gesucht haben, die ihre Männer und damit natürlich auch ihre Einkommensquelle verloren haben. Viele von ihnen haben kleine Kinder und es gibt keinerlei Unterstützung für diese jungen Familien. Häufig ist es, dass sie in Tschetschenien keine Arbeit finden. Viele sind auch so traumatisiert, dass sie einfach nur noch aus dieser Hölle herauswollen. Sie können auch nicht nach Inguschetien, denn es gibt ja jetzt

diese neue Entwicklung, dass Binnenflüchtlinge dort nicht mehr registriert werden. Das heißt also, dass sie im Grunde genommen dort bleiben und keinen Ausweg mehr haben. Wir haben manchmal versucht, denjenigen, die bei diesem Projekt Hilfe gesucht haben, zu helfen. Auch Swetlana hat versucht, ihnen zu helfen. Die meisten von ihnen kennen wir aber einfach nicht. Das sind Menschen, die für uns sozusagen kein Gesicht haben. Aber natürlich haben sie Bedürfnisse und es muss ihnen geholfen werden.

Die Vorsitzende: Wir haben jetzt tatsächlich unseren Zeitplan eingehalten. Ich wäre jetzt dankbar, ich weiß nicht wie Sie beide sich verabredet haben, ob Sie, Herr Orlov, zunächst und dann Sie die Empfehlung abgeben wollen. Das würde ich Ihnen überlassen. Ich denke mal, dass Herr Lohman das zum Schluss machen sollte, weil er ja gerade seine Ausführungen gemacht hat. Frau Gannuschkina zuerst? **Empfehlungen an die Politik?** Herr Orlov! Bitteschön.

Herr Orlov: Ich möchte noch zu zwei Fragen etwas sagen. Die „Tschetschenisierung“ ist voll im Gange. Das ist eine strategische Einrichtung des Kremls, um einen Weg zu finden, dass Tschetschenen gegen Tschetschenen kämpfen. Man kann mit den Kämpfern nicht ohne das föderale Zentrum fertig werden. Natürlich kämpfen die Tschetschenen auch gegen die Kämpfer und das auch nicht schlecht. Manche kämpfen sehr passiv, das ist immer so eine Frage, wohin der Weg geht. Deswegen muss man auch verstehen, dass einige tschetschenische Einheiten Verbrechen begehen und zwar nicht weniger als die föderalen Kräfte. Zu den Kriegsverbrechen und die Frage ob die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung im Verlauf der Kampfhandlungen untersucht werden: Nein, die werden nicht untersucht. Der Raketenschlag von Grosny im Jahre 1995: Es gibt überhaupt kein Strafverfahren und zwar mangels Tatbestandes. Es gibt also überhaupt keine Einleitung eines Strafverfahrens in dieser Hinsicht. Wir kennen zwei Fälle, wo Strafverfahren eingeleitet worden waren. Wir haben eine entsprechende Beschwerde in Straßburg eingelegt und das Gericht in Straßburg hat es akzeptiert. Dann gab es auch Strafverfahren zuhause in Tschetschenien. Es geht um eine Beschießung in *Tschamijor (?)* als Zivilisten in großer Zahl zu Opfern wurden. Diese Verfahren sind wegen mangelndem Tatbestands in den Handlungen der Militärs wegen eingestellt worden. Das heißt, die Militärs haben zurecht gehandelt und wir werden in Straßburg das Gegenteil beweisen. Nun zu den Empfehlungen: Ich erinnere mich jetzt gerade daran, dass ich im Jahr 2000 hier in

Berlin im Bundestag mit einem Abgeordneten einen Streit hatte. Wir haben das Problem sehr unterschiedlich gesehen. Er sagte zu mir: „Ihr wollt von uns, von Deutschland und von Europa, öffentliche Schritte. Ihr wollt, dass wir öffentlich auf Russland Druck ausüben. Das ist sinnlos. Bei Russland kann man mit öffentlichem Druck nichts erreichen, das war schon bei den Kommunisten so. Man kann das nur über den nichtöffentlichen Dialog tun, indem man den russischen Politikern erklärt, dass es für sie nützlich wäre, so zu handeln und nicht anders. Sie handeln nicht mit schlechter Absicht, sondern nur weil sie die Situation falsch verstehen.“ Ich sagte: „Das ist falsch. Auch bei den Kommunisten hat es Druck auf Sie gegeben und das hat zum Sturz dieses ‚Reiches des Bösen‘ geführt. Auch jetzt darf man öffentliche Schritte nicht fürchten.“ Meiner Meinung nach hat die Entwicklung der Ereignisse gezeigt, dass ich und nicht mein Opponent aus dem Deutschen Bundestag Recht hatte.

Die Vorsitzende: (...) Transparenz und Öffentlichkeit über die Situation herstellen. Das werden wir nach Kräften auch weiter tun, soweit wir das können. (...) Frau Gannuschkina, Sie haben das Wort.

Frau Gannuschkina: Ich möchte mit einer kleinen Beobachtung beginnen. Als ich als Privatperson und nicht als Mitglied der Menschenrechtskommission in Tschetschenien war und wir da wieder ausgereist sind, haben wir die Öltankwagen gesehen. Die sind dort unkontrolliert durch alle Posten durchgefahren. Das zeigt einfach nur, dass es dort verschiedene Kräfte mit sehr unterschiedlichen Interessen gibt, die dort wirken. Das zu dieser vernünftigen Entscheidung.

Ich möchte sagen, dass es eine Lage der Intoleranz gegenüber der Macht eines Landes, die einen Teil ihrer Bevölkerung vernichtet, geben muss. Und zwar nicht nur bei den offiziellen Stellen sondern auch bei den Freunden unter den Menschenrechtlern. Dass Russland sich auf demokratischen Wegen bewegt mit Ausnahme von Tschetschenien, das muss doch offen gesagt werden! Man kann doch Tschetschenien nicht ausnehmen! Das betrifft ganz Russland und die ganze Welt. Das müssen wir ganz klar sehen und *ich bin davon überzeugt, dass, wenn das in Tschetschenien nicht wäre, dann würde es in der ganzen Welt nicht eine solche Bedeutung für die Menschenrechte werden, wie die Menschenrechte, die Vereinten Nationen. Wir sehen, dass die Missachtung schon in Russland dazu führt und wir haben das auch im Irak gesehen.* Das müssen wir sehen, das ist sehr wichtig. Wir sind daran interessiert und nicht nur wir. Die demokratischen Werte für einen Teil dieser Welt sind wichtig

als Werte. Sie müssen beachtet werden. Und es wird heute schon von einem Teil der russischen Bevölkerung besprochen. Wir müssen sehr entschiedene Maßnahmen treffen. Es stimmt mich sehr traurig, wenn Politiker sich küssen. Oleg hat heute davon gesprochen, dass der turkmenische Präsident vom französischen Staatspräsident geküsst wurde. Wenn solche freundlichen Beziehungen bestehen zwischen Herrn Schröder und Herrn Putin und hier in Deutschland alle begeistert sind, wenn Herr Putin auf deutsch spricht – und das macht er aus ganz bestimmten Gründen – das vergisst man dann schon. Und dass man Messer und Gabel hat, damit kann man auch Menschenfressern das Essen beibringen. Das ist diese Atmosphäre der Intoleranz, von der ich spreche. Die, die dafür verantwortlich sind, was in Tschetschenien passiert, muss man benennen. Das muss man ganz klar formulieren, jedes Mal, wenn davon die Rede ist. Das, was in Tschetschenien passiert, hat keinerlei Beziehung zu einer terroristischen Aktion, zum Kampf gegen den Terrorismus. Das muss man immer wieder unterstreichen. Das muss man klar und deutlich sagen. Das ist kein Kampf gegen den Terrorismus, das ist die Vernichtung eines Volkes. Das was außerhalb von Tschetschenien passiert, das ist Terror. Ich möchte auch noch sagen, dass es sehr wichtig ist, nicht nur strategisch, sondern aus der praktischen Sicht der Dinge, dass man sich an die Regierung mit ganz konkreten Anfragen wendet. Dass man da nichts durcheinanderbringt, wie es mit meinem Gesprächspartner, einer offiziellen Persönlichkeit, gestern war. Eine Merkwürdigkeit mit einem Gericht, wo es um einen Beschluss von Luschkow zu Tschetschenien ging. Man muss ganz genau wissen, worum es geht, was passiert ist, wogegen wir uns wenden und was wir von den Behörden verlangen. Man muss also eine qualifizierte Information haben und diese Information muss man dann nutzen. Wenn es geht, muss man im Europäischen Gerichtshof das beschleunigen. Wir wissen, dass der Gerichtshof mit Klagen zugefüllt ist. Aber die Verfahren sollten beschleunigt werden. Das ist sehr wichtig. Man kann nicht vier Jahre warten. Leute werden aus Moskau deportiert. Eine schwangere Frau mit drei Kindern. Das ist eine Verletzung von Art. 6 und Art. 8 der Menschenrechtskonvention. Man kann dann nicht vier Jahre warten, bis das Problem gelöst wird. Das muss jetzt gelöst werden. Die Klage ist eingereicht beim Europäischen Gerichtshof und wenn das beschleunigt werden könnte, wäre das ganz wunderbar. Sehr wichtig wäre auch hier im Westen, wo die Eigentumsrechte so geachtet werden, aber nicht über die Tschetschenen geredet wird, dass man auch darüber reden sollte. Hier aus Europa sollte die Frage gegenüber unserer Regierung gestellt werden, dass sie mit ihrem Haushalt und mit ihrem Rubel für das zerstörte Eigentum

verantwortlich ist. Diese Frage hat bisher noch niemand angeschnitten. Denn die Menschen, die eine Entschädigung, eine Kompensation bekommen, könnten irgendwie doch ein neues Leben anfangen. Das ist bisher nicht geschehen. Ich halte das auch für sehr wichtig.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Gannuschkina. Jetzt kommt noch das Abschlussstatement, die politische Empfehlungen von Herrn Diederik Lohman.

Herr Lohman: Die erste Empfehlung wäre: Sagen Sie die Wahrheit. Wir haben ein Sprichwort in Holland, ich bin holländischen Ursprunges, wo wir sagen: „Wenn der Arzt nicht hart genug vorgeht, dann werden sich die Wunden infizieren und werden anfangen zu stinken.“ Und ich denke, das bedeutet, dass wir ganz klar und deutlich sagen müssen, worum es geht. Das, was sich heute vollzieht, wissen wir. Wenn wir dazu schweigen, dann bedeutet es, dass wir uns sozusagen zu Komplizen dessen machen, was dort vor sich geht. Es ist also auch ein moralisches Argument, über das wir hier sprechen. Aber es gibt auch ein ganz klares praktisches Argument, was wir anführen können. Nach dem 11. September ist sehr sehr viel darüber gesprochen worden, dass es angeblich Verbindungen gibt zwischen tschetschenischen Rebellen und Vertretern der El-Qaida. Ich glaube schon, dass es solche Verbindungen gibt. Aber Tschetschenien war, zumindest in der Vergangenheit, eine völlig säkulare Gesellschaft. Der Einfluss muslimischer Fundamentalisten in Tschetschenien hat sich merkwürdiger Weise im gleichen Augenblick vollzogen als es dort militärische Operationen seitens der Russen gab. Also ist doch die Frage, ob die russischen Operationen tatsächlich sozusagen nützlich sind für die Terroristen oder eben das erreichen, was die Russen eigentlich erreichen wollen, nämlich terroristische Aktionen zu unterbinden. Ich denke, natürlich muss man so etwas in vertraulichen Gesprächen ansprechen. Aber in der Öffentlichkeit muss man seitens der Europäer ganz klar und deutlich sagen, dass man diese Vorgehensweise, so wie Putin das ja dargestellt hat, als russischen Beitrag zum internationalen Kampf gegen den Terrorismus, nicht akzeptiert. Das hat Putin ja immer wieder gesagt und leider ist es so, dass das sehr häufig offensichtlich in gewisser Weise akzeptiert, sogar anerkannt wird, ohne dass ganz klare Fragen dazu gestellt werden oder das auch ein bisschen in Frage gestellt wird. Dann muss die Lage in Tschetschenien ganz klar von der internationalen Gemeinschaft weiter beobachtet werden. Natürlich wäre es ideal, wenn es so etwas, wie eine internationale Untersuchungskommission geben würde, die Beweise für solche

Verbrechen sowohl seitens der russischen Streitkräfte als auch der Rebellen sammelt, und das dann dazu führen würde, dass diese dann als Beweis vor einem internationalen Strafgerichtshof oder einem anderen Sondergericht der internationalen Gemeinschaft vorgelegt wird. Es ist, denke ich, ziemlich klar, dass die Russen der Einrichtung eines solchen Internationalen Strafgerichtshofes widersprechen würden. Aber ich denke, man muss zumindest eine Dokumentierung solcher Verbrechen vornehmen. Das ist absolut wichtig. Die OSZE hat ja im Kosovo zwei dicke Dokumente über Fälle von verschwundenen Personen, summarischen Hinrichtungen, Folter und ähnlichem veröffentlicht. Sie wissen vermutlich, dass die OSZE ein Mandat zur Untersuchung und Überprüfung der Ereignisse dort hatte. Das ist dann Ende des letzten Jahres ausgelaufen. Die Russen haben sich dagegen gewandt, dass es weiter verlängert wird. Es muss ein neues Mandat geben. Und es ist absolut notwendig, dass die Menschenrechtslage auch Teil dieses Mandates wird. Zweitens: Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat immer wieder vorgeschlagen, dass der Sonderberichterstatter zu Folter und summarischen Hinrichtungen von den Russen nach Tschetschenien hineingelassen wird. Dem hatten sich die Russen seit 4 Jahren widersetzt. Es ist absolut unverzichtbar, dass ein solcher Besuch auf jeden Fall von den Russen als Konzession erreicht wird. Drittens: Die Fachleute des Europarates, die in *Galinskaja (?)* gearbeitet haben, haben eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Dieses muss weiter verfolgt werden, die Leute müssen zur Verantwortung gezogen werden, die diese begangen haben. Das ist ebenfalls absolut notwendig. Und: Der Ausschuss im Europarat, der sich mit Folter beschäftigt, hat vier oder fünf Besuche in Tschetschenien durchgeführt. Es gibt eine Reihe von Berichten hierzu. Die Russen weigern sich, diese zu veröffentlichen. Auch hier ist es wieder unerhört wichtig, diese Berichte zu veröffentlichen, denn diese Berichte werden zeigen, was sich dort in den Haftanstalten in Tschetschenien wirklich vollzieht. Dann möchte ich außerdem noch auf den Bereich eingehen, dass diejenigen, die Verbrechen begangen haben, auch zur Verantwortung gezogen werden. Das geht in zwei Richtungen. Einerseits müssen die Russen tatsächlich Untersuchungen zu solchen Verbrechen, die gegen tschetschenische Bürger ihres Landes begangen wurden, anstellen. Ich denke das würde einen Teil des Vertrauens der Tschetschenen in russische Regierungsinstitutionen wieder herstellen. Im Moment gibt es ein solches Vertrauen nicht mehr. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist der, dass Untersuchungen und staatsanwaltschaftliche Verfahren in russischen Streitkräften ganz klar und deutlich zeigen, dass sie nicht einfach Menschenrechtsverletzungen bege-

hen können und dieses ungestraft. Das denke ich, ist unerhört wichtig, um eine politische Lösung des Problems zu erreichen. Also es ist wichtig, dass die OSZE, die EU, der Europarat, auch Einzelpersonen und Einzelregierungen immer wieder dieses Thema, Rechenschaft und Verantwortung für solche Verbrechen abzulegen, dieses herausstellen, immer da, wenn man sich irgendwo zu Konferenzen trifft. Und vor allen Dingen auch, dass man spezifische Fragen zu spezifischen Fällen stellt. Das ist zum Beispiel von Oleg getan worden. Herr Bindig hat das ebenfalls getan. Aber auch andere hier sollten das zum Beispiel tun. Wenn die Deutschen mit diesem Chor der Stimmen die Fragen stellen, ihre Stimme ebenfalls hinzufügen würden, dann wäre das unerhört wichtig. Ich möchte außerdem an Sie appellieren, dass Sie sich wirklich noch einmal auf diese Frage konzentrieren, dass man Leute zur Rechenschaft zieht. Es gibt ja da diesen hervorragenden Mechanismus, nämlich den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof hier in Europa. Dies ist, denke ich, eines der am besten ausgearbeiteten Menschenrechtsinstrumente überhaupt in der Welt. Die Tschetschenen haben die Möglichkeit, ihren Fall vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vorzutragen, aber sie können es eben nicht ohne Hilfe tun. Sie tun es natürlich mit der Hilfe von Organisationen wie Memorial zum Beispiel, wie auch durch andere Organisationen. Diese Organisationen brauchen natürlich Geld, brauchen Unterstützung, um ihre Arbeit leisten zu können und ich denke, die Bundesrepublik, wie auch andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, könnten da einen wichtigen Beitrag leisten, um Personen für das, was sie getan haben, zur Rechenschaft zu ziehen. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Wir haben also jetzt den Anhörungsteil zur menschenrechtlichen Situation in Tschetschenien abgeschlossen. Bevor wir in den zweiten Block eintreten, möchte ich den beiden Sachverständigen Herrn Orlov und Herrn Lohman schon mal vorab im Namen unseres Ausschusses sehr herzlich danken, weil Sie beide während der nächsten Stunde schon wieder nach Hause reisen müssen. Wir bieten unseren Sachverständigen immer eine Sonderführung durch den Reichstag an, weil wir es auch wichtig finden, dass man hier wenigstens ein bisschen sehen kann, wenn man sich der Mühe unterzieht, hierher zu kommen. Sie werden beide die Gelegenheit nicht haben und deswegen möchte ich Ihnen, bevor wir hier offiziell schließen und ich offiziell danke, zumindest ein Buch über unsere Arbeitsparlament schenken. Vielen Dank.

Ich rufe jetzt **Block 2** auf, **humanitäre Lage in Tschetschenien**. Ich habe eingangs schon angekündigt, dass uns dazu Frau Ahrensburg vom Danish Refugee Council in Kopenhagen und auch Herr Bitsch von HELP e.V. zur Verfügung stehen. Ich mache das genauso, wie im ersten Block, dass ich beide Sachverständigen für ein zehnmütiges Statement aufrufe und dann die Kollegen Abgeordneten um ihre Fragen bitte. Dann folgt wieder eine Antwortrunde und zum Abschluss gebe ich beiden Sachverständigen noch einmal die Gelegenheit Empfehlungen an die deutsche Politik auszusprechen. Ich habe ja angekündigt, dass man sich hier noch etwas zu trinken und zu essen besorgen kann. Ich möchte Sie bitten, wenn es geht, obwohl es anstrengend ist, das so leise wie möglich zu tun, damit die beiden jetzt zu Wort kommenden Sachverständigen auch die gebührende Aufmerksamkeit von uns allen haben. Ich rufe zuerst Frau Ahrensburg vom Danish Refugee Council auf und bitte noch mal um Ruhe. Bitteschön, Sie haben das Wort.

Frau Ahrensburg: Vielen Dank. Ich bin Eva Ahrensburg vom Danish Refugee Council. Ich komme aus Kopenhagen und arbeite als Koordinatorin für unser Programm in und um Tschetschenien. Im Namen des Danish Refugee Council möchte ich dem Ausschuss herzlich für die Organisation dieser wichtigen Diskussion danken. Unsere Organisation DRC bekommt damit die Gelegenheit, Ihnen etwas über unsere Sicht der Dinge in Tschetschenien zu sagen. Der DRC ist seit 1997 im nördlichen Kaukasus präsent und wir haben dort Notfallhilfe für intern Vertriebene, für intern Vertriebene, für Binnenflüchtlinge, darunter auch die Opfer des ersten Tschetschenienkrieges 1994 bis 1997 geleistet. Als der zweite Krieg im September 1999 ausbrach, war DRC bereits präsent und wir hatten schon seit langem mit dem UNHCR zusammengearbeitet. Das war extrem wichtig für unsere Fähigkeit, schnell auf die neue humanitäre Krise zu reagieren, die in Tschetschenien aufkam. Es dauerte jedoch bis November 1999, bis die Sicherheitslage in Inguschetien es ermöglichte, dass internationale Mitarbeiter dort tatsächlich humanitäre Hilfe leisten konnten. Bis dahin gab es bereits schätzungsweise 185 000 intern Vertriebene, die aus Tschetschenien in den ersten Monaten des Konfliktes gekommen waren. Im Vergleich dazu: Die Gesamtbevölkerung in Inguschetien beträgt 340 000. Das war also eine Riesenaufgabe, vor der wir da standen. Der DRC hatte bereits im Oktober 1999 finanzielle Zusagen von unserer eigenen Regierung erhalten. Auf dieser Grundlage konnten wir ein Büro vor Ort eröffnen. Wir haben die Verteilung von Hilfsgütern und Nahrungsmitteln als der Durchführungspartner vom UNHCR und vom Welternäh-

rungsprogramm der Vereinten Nationen begonnen. Die Vertreter des russischen Katastrophenministeriums haben am Anfang als Partner des UNHCR gearbeitet, um die Nahrungsmittel zu verteilen. Dies war aber nur am Anfang so. Dann hat der DRC sehr schnell die federführende Rolle bei der Verteilung von Nahrungsmitteln übernommen. Im April 2002 war der DRC verantwortlich für die Verteilung von Nahrungsmitteln an 77% aller intern Vertriebener in Inguschetien. Die Organisation Islamic Relief war für den Rest verantwortlich. Im Mai 2002 machte es die Sicherheitslage möglich, dass man auch innerhalb von Tschetschenien mit Hilfe des Europäischen Büros für Humanitäre Hilfe, ECHO, Nahrungsmittel verteilen konnte. Bis dahin gab es innerhalb Tschetscheniens mehr als 100 000 Vertriebene. Von Anfang an seit Beginn der Operation im Nördlichen Kaukasus ging es uns darum, die Hilfe so zielgerichtet wie möglich durchzuführen. Wir wollten damit eine Atmosphäre der Effizienz und der Transparenz schaffen und wir wollten auch Doppelarbeit vermeiden. Wir haben zu diesem Zweck eine Datenbank mit Grundinformationen über alle Flüchtlinge geschaffen. Da waren Name, Alter, Geschlecht, selbst die Schuhgröße verzeichnet. Das haben wir in Inguschetien und in Daghestan so gemacht. Dann haben wir in Tschetschenien auch eine Art Volkszählung durchgeführt. Das Ziel war, nicht nur die internen Flüchtlinge zu verzeichnen, sondern die gesamte Bevölkerung, die ja anfällig für diese Katastrophe und verwundbar war. Die Kriterien, die wir erstellt haben, beruhten auf den Sozialkriterien des UNHCR. Risikogruppen waren: Alleinstehende Frauen, alleinerziehende Mütter, Familien mit behinderten Kindern usw. Nach dieser Volkszählung waren wir in der Lage, Verteilungslisten zu erstellen, wo wir die Empfänger unserer Hilfe namentlich benennen konnten. Die Verteilung der Hilfsgüter geschah also sehr ordentlich, nach festen Regeln, jeder wusste, wann was kommen würde. Die Namen standen auf der Liste und man musste nicht früh morgens Schlange stehen, um an Nahrungsmittel zu kommen. Diese Registrierung der Flüchtlinge im ganzen Gebiet läuft bis heute weiter. Herr Lohman hat gesagt, dass die Behörden in Inguschetien die Flüchtlinge, die nach Inguschetien zurückkehren, nicht mehr registrieren. Aber wir registrieren sie immer noch und wir sagen immer noch, dass sie Nahrungsmittelhilfe bekommen sollen. Wir können ihnen aber keine Unterkunft mehr bereitstellen, das ist richtig. Um dieses System der Registrierung aufrecht zu halten, haben wir Informationszentren geschaffen, sieben in Tschetschenien und drei in Inguschetien. Damit ist sichergestellt, dass die Daten monatlich aktualisiert werden. Wenn jemand also umzieht, wenn Kinder geboren werden, dann können die Leute zu uns kommen und sich entsprechend registrieren lassen oder die Registrie-

rung verändern lassen. Wir haben sogenannte „Überprüfungsteams“, die dann auch mit den Leuten nach Hause mitgehen, um die Informationen zu überprüfen. Die Fonds für Nahrungsmittel-Notfallhilfe begannen letztes Jahr zu schwinden. Die Geber wollten, dass das ganze noch zielgerichteter abläuft. Auf der Grundlage dieser Forderung haben wir neue Untersuchungen auf der Grundlage von wirtschaftlichen Kriterien und nicht mehr so sehr auf der Grundlage von sozialen Kriterien durchgeführt. Denn es kann ja sein, dass eine Familie zwar ein behindertes Kind aber trotzdem sehr viel Geld hat. Wir haben also Mitte 2002 ein Pilot-Projekt, und zwar eine sogenannte „wirtschaftliche Prüfung der Haushalte“, gestartet. In vier tschetschenischen Distrikten, dort, wo ECHO für die Nahrungsmittel verantwortlich ist, haben wir auf dieser Grundlage entsprechende Kriterien erarbeitet. Um das ganze nochmals zu verfeinern, haben wir von Dezember 2002 bis Januar 2003 eine neue Untersuchung durchgeführt. Wir haben mehr als 2000 Interviews in ganz Tschetschenien durchgeführt. Aufgrund dieser Stichproben hat sich herausgestellt, dass 64 % der Bevölkerung zu den Kategorien zählt, die wir als „arm“ oder „sehr arm“ bezeichnen. 37 % verfügen über ein mittleres Einkommen und nur 3 % haben ein Einkommen, das wir als überdurchschnittlich bezeichnen würden. Die armen und sehr armen Familien haben ein Einkommen von unter 1200 Rubel im Monat. Die Arbeitslosigkeit beläuft sich nach unseren Untersuchungen auf über 90 %. Die Haupteinkommensquelle für diese zwei Gruppen, die Armen und die sehr Armen, sind Rente, die von der russischen Regierung gezahlt werden. Was auch erwähnt werden sollte, ist die Tatsache, dass es recht viel Kreditaufnahme gibt. Vor allem die armen Haushalte leihen sich Geld, um zu überleben. Es scheint überdies vor allem unter den sehr armen Leute immer mehr Todesfälle zu geben. Da gibt es saisonale Schwankungen. Unmittelbar nach der Ernte sind die meisten Leute in der Lage, ihre Schulden zurückzuzahlen. Aber die ganz armen Leute haben keinen Zugang zu Land und deswegen können sie ihre Schulden auch nicht bezahlen. Die durchschnittliche Schuldenlast der armen Leute ist dreimal so hoch wie das monatliche Einkommen, also 3.000 bis 4.000 Rubel pro Haushalt. Die Zeit läuft mir weg, ich muss mich ein bisschen mehr beeilen, tut mir leid. Ich mach das also jetzt ganz schnell.

Die Vorsitzende: Ich schlage vor, dass sie die Punkte, die Ihnen wichtig sind, einfach noch mal als Merkposten für die Antwortrunde nehmen. Ich bin mir sicher, dass das eine oder andere noch gefragt werden wird. Wenn nicht, dann nehmen Sie es einfach mit hinein, damit Herr Bitsch jetzt auch noch seine Zeit, seine zehn Minuten

hat, um vorzutragen. Dann können ja die Kollegen fragen und ich denke mal, dass Sie dann die Möglichkeit haben, das, was Ihnen wichtig ist, gleich noch mit hereinzunehmen. Dankeschön. Herr Bitsch, bitte. Sie haben jetzt das Wort für die Stellungnahme.

Frau Ahrensburg: Ich wollte nur noch sagen, dass die Ergebnisse, die ich Ihnen gerade vorgestellt habe, in unserem Bericht zusammengefasst sind. Dieser befindet sich auf unserer Homepage unter www.drc.dk³.

Die Vorsitzende: Ich möchte hier erwähnen, dass wir alle uns bekannten Quellen noch einmal alle im Anhang zu unserem öffentlichen Protokoll aufnehmen. Wir stellen das ganze Protokoll, wenn es fertig ist, inklusive des Anhangs und der Informationen, ins Internet und ist dann für die Allgemeinheit zugänglich. Vielen Dank. Herr Bitsch, bitte.

Herr Bitsch: Vielen Dank. Sehr verehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Lassen sich mich zunächst für die freundliche Einladung danken. Ich freue mich auch darüber, dass mal ein Mitarbeiter einer kleineren bis mittelgroßen Organisation Gelegenheit hat, bei so einem Gespräch die humanitäre Arbeit der Organisation vorzustellen. Ich war so frei und habe mir von den Ausschussmitgliedern einige Biographien im Internet angesehen, deshalb will ich Ihnen wenigstens ein paar Sätze über mich sagen. Ich bin 49 Jahre alt, bin von Haus aus Betriebswirt und arbeite seit mehr als 20 Jahren für verschiedene Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe. Ich habe im Laufe der Zeit sehr viel Elend „gerochen“. In den letzten dreieinhalb Jahren habe ich das mit Schwerpunkt im Kaukasus gemacht. Vielleicht ein paar praktische, ein paar plastische Informationen. Dieses Inguschetien, das schon mehrfach genannt worden ist, ist im Kern, wenn sie in den Atlas schauen, ein Stecknadelkopf. Von links nach rechts, um es banal zu sagen, ist seine Ausdehnung gerade mal 40 km, von oben nach unten 80 km. Die größte Stadt in Inguschetien ist Nazran. Dies ist die Stadt, wo praktisch alle Hilfsorganisationen ihren Sitz haben und von wo sie aus ihre Arbeit koordinieren und steuern. Von Nazran bis nach Grosny, das Ihnen natürlich bestens bekannt ist, sind es nur 100 km. Das ist eigentlich auf dem Landweg kein Problem. Auch die Straßen sind ordentlich, da kann man gut hinfahren, wenn da nicht die Checkpoints und die road-stops wären. Lassen Sie mich aber

³ www.drc.ru: „DRC sample survey dec 02 – jan 03 – presentation notes“

zunächst einmal ein bisschen in Inguschetien verweilen. Die Kollegin vom Danish Refugee Council hat gesagt 240 000 Einwohner. 240 000 bis 300 000 Einwohner hat Inguschetien. Zum Jahreswechsel 1999/2000 waren 185 000 Flüchtlinge dort, diese kleine Republik hatte also praktisch noch einmal die Hälfte mehr aufzunehmen. Heute, weil wir aktuell sein wollen, ist die Anzahl der Vertriebenen aus Tschetschenien, die sich in Inguschetien aufhalten, auf 90 000 gesunken. In den letzten Monaten sind die Vertriebenen, die diskutierten IDPs im Sprachgebrauch, eben wieder zurückgekehrt oder in Inguschetien anderswo oder in Russland untergetaucht. Die Zahl ist rückläufig. Man geht davon aus, dass das auch weiter so sein wird, dass auch der Druck in Zusammenhang mit der Diskussion um freiwillige Rückkehr oder Zwangsrückkehr fortgeführt wird und dass es das Bestreben der Behörden ist, dass insbesondere die Flüchtlinge, die in Flüchtlingslagern leben, einfach verschwinden. Jetzt auch noch mal hier: Wo halten sich die 90 000 eigentlich auf? Das, was Sie im Fernsehen sehen, das sind immer die tent-camps, immer die Zeltlager. Die Kameras stehen in den Zeltlagern. Das ist einfach so und jeder Besucher, der zu uns kommt, wird in die Zeltlager geführt. In Wirklichkeit ist es aber so, dass es immer zu allen Zeiten weniger als 20% der Flüchtlinge waren, die in diesen Zeltlagern gelebt haben. Viele kommen in den sogenannten „spontaneous settlements“ unter. Das sind einfach Behelfsunterkünfte, das sind verlassene Fabrikgebäude, das sind leerstehende Bauernhöfe, das sind Kuhställe. Ein ganz großer Teil kommt in diesem dritten Lebensbereich unter, den man „host families“ nennt. Das heißt, die haben sich irgendwo eingemietet, die zahlen Miete oder sie zahlen keine Miete oder sie leben bei Freunden. Insgesamt eben 90 000 Personen, die die Datenbank der Kollegen von DRC im Moment hergibt und die die Basis für die Hilfsmaßnahmen in Inguschetien sind. Wie sieht jetzt die Arbeit für die Helfer in Inguschetien aus?

Da kann man natürlich nicht umhin, als über die Sicherheitssituation zu diskutieren. Das heißt, im Moment hat HELP zwei ausländische Mitarbeiterinnen in Nazran stationiert, wir haben ein Büro dort. Und wir haben bis zu 30 einheimische Mitarbeiter, ohne die wir nicht helfen können, ohne die wir nicht arbeiten können, die unverzichtbar sind. Sicherheitssituation heißt, dass unsere ausländischen Helfer von morgens bis abends, 24 Stunden, 7 Tage die Woche von einem Bewaffneten umgeben sind. Für die Besucher, die ab und zu kommen, ist das ganz nett, wenn sie drei vier Tage da sind, da spielt das keine Rolle. Aber für die Mitarbeiter, die sich eben über Wochen oder Monate dort aufhalten, für die eben Kidnapping, Überfälle oder kriminelle Aktivitäten eine ständige Bedrohung sind, für die ist das eben auch eine Belastung,

dass ständig einer mit einer Kalaschnikow oder mit einer anderen Form der Bewaffnung um sie herum ist. Sie können keinen einzelnen Schritt gehen, ohne massiv, in gutem Sinne eigentlich gemeint, von diesen Sicherheitskräften umgeben zu sein.

„Behindert die inguschetische Regierung die Arbeit der Hilfsorganisationen?“ ist mal im Vorfeld gefragt worden. Wir haben in Inguschetien einen neuen Präsidenten, Herr Sjasikow, und man kann generell sagen, dass er sicherlich versucht, mit seiner Bürokratie oder mit seiner Verwaltung stärker Kontrolle über die Hilfsorganisationen auszuüben. Wie drückt sich das aus? Das fängt mal beim Visum an. Das heißt, wer mit dem Touristenvisum einreist, hat ziemlich schlechte Karten. Ich lasse das jetzt einfach mal so stehen. Wie geht's weiter? Es geht über die Finanzbehörden weiter, man bekommt Besuch von den Finanzbehörden. Man erkundigt sich danach, welche Steuern und Abgaben für die Einheimischen gezahlt werden oder auch nicht. Das ist alles auch noch zu ertragen und auch noch legitim und nachvollziehbar. Unter dem Strich würde ich sagen, dass man in Inguschetien recht gut und auch recht frei arbeiten kann. Wenn man auch gewisse Vorgaben der Gastfreundschaft mitberücksichtigt und sich normal verhält, funktioniert das schon. Das Thema, das im Moment in Inguschetien seit Wochen diskutiert wird, ist das der Kollegen von *médécins sans frontières*, von Ärzten ohne Grenzen. Hierzu müssen Sie wissen, dass 180 Unterkünfte seit Januar diesen Jahres praktisch bezugsfertig sind. 180 Unterkünfte könnten für tausend Leute Unterkunft bieten. Das Projekt ist von der Europäischen Kommission finanziert. Es hat einen finanziellen Rahmen von 600 000 € und das Letzte sage ich eben auch als Steuerzahler. Diese „shelters“ auf Englisch, diese Unterkünfte stehen, wie gesagt, leer. Man wirft den Kollegen von *médécins sans frontières* vor, dass sie gewisse Bauvorschriften nicht berücksichtigt haben. Ich lasse das mal hier stehen, vielleicht können wir da später noch drauf eingehen. Das ist eigentlich das Thema im Moment innerhalb der Hilfsorganisationswelt, das in Inguschetien dominiert.

Ich möchte auch angesichts der Zeit schnell noch ein paar Sätze zu Tschetschenien sagen. Wer in Tschetschenien arbeiten will, der kann das schon. Nur Sie können sich nicht einfach in ein Taxi setzen und dann mal hinfahren, das funktioniert nicht. Was sie brauchen, das ist eine sogenannte „*marschrutni-list(?)*“, das ist auf Deutsch nichts anderes als ein Passierschein. Dieser Passierschein wird von der russischen Militärkommandantur in Grosny ausgestellt. Sie brauchen einen Passierschein für die Organisation als solche. Sie brauchen den Passierschein für die Fahrzeuge, mit denen Sie fahren, und Sie brauchen auch für die Personen einen Passierschein. Das wird dort minutiös aufgelistet. Dieser Passierschein muss auf monatlicher Basis beantragt

werden. Das ist ein zeitraubendes Verfahren, man braucht dort entsprechende Geduld und Ausdauer. Es ist nicht so, dass sie dahingehen und dann nach zwei Tagen die Dokumente abholen können. Das kann dann schon etwas länger dauern. Aber es funktioniert einigermaßen. Man kann auch auf tschetschenischem Territorium arbeiten. Es ist natürlich angesichts der jüngsten Anschläge noch gefährlicher als in Ingu-schetien. Ich war zuletzt vor zwei Monaten in Grosny, vielleicht auch hier ein paar Zahlen: Man sagt, dass in Tschetschenien einmal insgesamt eine Million Menschen gewohnt haben, also praktisch die Einwohnerzahl von Köln, um das mal ein bisschen zu verdeutlichen. Nach Angaben der UNO halten sich im Moment auf tschetschenischem Territorium etwa 800 000 Menschen auf. Wie auch immer, wer nach Grosny kommt, sieht, dass da Krieg war. Die Stadt ist in Ruinen. Wenn sie da Straßenzug um Straßenzug durchwandern oder durchfahren – durchwandern besser nicht – , dann ist alles, was sie da sehen, dass das Gras und das Unkraut wuchert. Viel mehr spielt sich dort nicht ab. Ich war das erste mal im November 2000 in Grosny. Der letzte Besuch war jetzt im April diesen Jahres und ich bin doch eher entsetzt, dass dort kein Fortschritt stattfindet, was Wiederaufbau oder ähnliches angeht. Gespräche mit den Menschen, die dort noch ausharren und ihr Leben fristen, sind eher frustrierend. Im letzten Gespräch, das ich in einer Schule geführt habe, wo wir uns engagieren wollten, fasste die Direktorin dann etwas Vertrauen und ich fragte sie: „Wie viel kriegen Sie denn hier?“ Sie kriegt 3000 Rubel pro Monat. Dazu muss man wissen, dass das nicht einmal 100 € sind. 100 € wären ungefähr 3 400 Rubel. Also als Außenstehender kann man sich eigentlich nur immer auch darüber wundern, dass die Leute trotzdem noch dort ausharren. Aber wahrscheinlich haben sie keine besseren Alternativen. Hab ich noch Zeit oder sollen wir abrechen, Frau Nickels? Okay! Dann lassen Sie mich vielleicht noch einen Satz zur Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen sagen. Unter dem Strich ist die gut. Man kennt sich, es ist ein kleiner Fleck. Man arbeitet zusammen. Die Leute, die im Feld sind, kennen sich persönlich. Man trifft sich auf den Koordinationsbesprechungen. Man tauscht sich aus, das bringt auch die Situation mit sich. Auch die Arbeit der UNO, die ja oft kritisiert wird, kann ich nur sagen, ist gut. OCHA ist dort, das ist das Office for Coordination of Humanitarian Affairs. Es gibt dort sehr kompetente und engagierte Leute, mit denen man sich verständigen kann und die sich auch einsetzen. Es gibt sehr viel Informationen über die Arbeit der humanitären Hilfsorganisationen, es gibt sehr viele Berichte. Wer sich dafür interessiert, es gibt sehr viel Hintergrundmaterial. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank. Wir kommen jetzt zur Fragerunde der Abgeordneten. Ich lese mal gerade eben vor, wen ich auf der Frageliste habe. Wer sich noch nicht wiederfindet, möge sich bitte melden. Ich habe zuerst Kollege Bindig, dann Frau Kollegin Oswald, dann Frau Kollegin Graf und dann Herrn Kollegen Hettlich. Herr Jüttner auch noch. Dann Kollege Bindig bitte:

Abg. Bindig: Vielen Dank für die Informationen. Mich interessieren die Operationsmöglichkeiten in Tschetschenien. Wie sieht es denn mit der Versorgung der Menschen in den Teilen südlich von Grosny, also in den Bergregionen, aus? Ist Ihre Möglichkeit nur sehr konzentriert auf Grosny? Sie haben ja die schwierige Sicherheitslage angesprochen. Haben Sie das Gefühl, dass eine einigermaßen ausreichende Versorgung auch in den Gebieten möglich ist, die ich eben gesagt habe, also Richtung südlich von Grosny? Eine zweite Frage ist: Auch ich habe bei meinem letzten Besuch in Grosny im Januar die trostlose Situation gesehen. Gibt es neben der humanitären Hilfe als Nahrungsmittelhilfe eigentlich auch Ansätze, Wiederaufbauprogramme zu machen? In den Außenbezirken von Grosny sieht man noch die total zerstörten Häuser und keine Ansätze eines Wiederaufbaus. Gibt es humanitäre Projekte, z.B. Wiederaufbauprogramme, in denen Baumaterial zur Verfügung gestellt wird oder Balken wie es in Bosnien-Herzegowina insbesondere in Sarajewo geschehen ist?

Die Vorsitzende: Dankeschön Kollege Bindig. Kollegin Oswald, bitte.

Abg. Oswald: Ja Herr Bitsch, Ihnen möchte ich noch mal für Ihren Bericht danken. Ich wollte noch einmal auf die Bedrohung von Hilfsorganisationen eingehen. Ärzte ohne Grenzen vermisst ja auch seit neun Monaten einen Mitarbeiter, den Arjan Erkel, für den ich mich auch sehr einsetze. Ich habe auch in Moskau schon darüber gesprochen und auch Briefe geschrieben, aber ich habe noch keine Antwort erhalten. Solche Übergriffe scheint es ja öfter zu geben. Jetzt wollte ich Sie fragen: Was müsste die Bundesregierung eigentlich tun, damit die Sicherheitslage besser wird und Sie noch problemloser arbeiten könnten? Zu dem Referendum wurde in Regierungskreisen gesagt, dass dieser Beginn eines politischen Prozesses begrüßt wird. Steckt da nicht auch die Gefahr dahinter, dass man das als politischen Neuanfang wertet und dann eventuell keine Hilfe mehr nötig wäre?

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Kollegin Graf.

Abg. Graf: Auch ich möchte mich herzlich bedanken und möchte an die Fragen anschließen, die schon gestellt worden sind. Findet die Auslieferung der humanitären Hilfsleistungen unbehindert statt? Und wenn sie behindert werden, Herr Bindig hat auch schon in die Richtung gefragt, von wem werden sie denn behindert? Sind das Kräfte aus dem tschetschenischen oder aus dem russischen Bereich? Was passiert da? Und bezüglich der Wohnmöglichkeiten von Flüchtlingen: Sie haben die Situation der Container von *médecins sans frontières* geschildert. Wie ist es mit der Wintertauglichkeit und der Unterbringung der Flüchtlinge im Winter? Das kann ja, meine ich, durchaus ein Problem werden. Und dann habe ich noch eine dritte Frage, die beschäftigt sich mit der Situation in den Gefängnissen. Ich habe in irgendeiner der Unterlagen, die wir zur Verfügung hatten, gelesen, dass es dort in den Gefängnissen viel TBC ist, dass es dort viele AIDS- und Syphilis-Kranke gibt. Wie ist denn die Möglichkeit der Versorgung dieser kranken Gefangenen?

Die Vorsitzende: Dankeschön Frau Kollegin Graf. Herr Kollege Hettlich.

Abg. Hettlich: Ich bedanke mich auch noch einmal sehr herzlich bei den beiden Referenten. Viele Fragen sind ja schon von den Kollegen gestellt worden. Ich habe noch eine Frage zur Sicherheit, ganz kurz. Sie haben gesagt, Herr Bitsch, Sie werden beschützt, aber wie sicher sind Sie damit auch? Das alleine reicht ja vielleicht nicht aus. Wir haben ja schon das Beispiel von dem Übergriff auf einen Mitarbeiter der Organisation Ärzte ohne Grenzen gehört. Dann ist noch eine weitere Frage an beide: Wie hoch ist der Druck auf die Flüchtlinge gerade in Daghestan und Ingušetien, dass man sie nach Tschetschenien hinüberbringen will? Und ein ganz interessanter Aspekt, den die Frau Ahrensburg eben angesprochen hat, war noch einmal die Verschuldung der Flüchtlinge. Da wollte ich noch einmal nachhaken: Soweit ich das verstanden habe, ist es ja so, dass die Leute sich verschulden können. Aber die Frage ist: Was für Sicherheiten können die denn dagegenstellen? Wie können die denn so einen Kredit quasi absichern?

Die Vorsitzende: Dankeschön. Kollege Jüttner.

Abg. Jüttner: Sie hatten ihr Pilotprojekt auch vorgestellt und gesagt, dass Sie 2000 Interviews durchgeführt haben. Können Sie in etwa sagen, wie Ihre personelle Stärke

und Zusammensetzung ist, wie Sie das alles durchführen können? Dann hatten Sie auch gesagt, dass es besonders Todesfälle unter den Armen gibt. Wie ist denn das insgesamt mit der medizinischen Versorgung? Und dann hätte ich auch gerne bei der Nahrungsmittelhilfe gewusst, ob die auch ungehindert verteilt werden kann, oder ob da vielleicht ein Teil irgendwie in dunkle Kanäle geht. Nimmt man das in Kauf? Ich erinnere z.B. an Simbabwe, wo das ja auch der Fall ist. Wenn Sie dazu vielleicht noch etwas sagen können.

Die Vorsitzende: Dankeschön, das waren die Fragen der Kollegen. Auch Frau Gannuschkina hat eine kleine Frage an ihre sachverständigen Kolleginnen und Kollegen.

Frau Gannuschkina: Wir sind ja auch mit der humanitären Hilfe befasst. Ich möchte folgende Frage stellen. Meinen denn die Kollegen nicht auch, dass man Francis Deng, den Vertreter des Generalsekretärs für humanitäre Hilfe nach Tschetschenien und nach Inguschetien einladen sollte?

Die Vorsitzende: Wir beginnen jetzt mit der Antwortrunde, die für jeden Sachverständigen zehn Minuten nicht überschreiten sollte. Dann haben wir anschließend noch Gelegenheit 5 Minuten für jede Anhörsungsperson für politische Empfehlungen. Frau Eva Ahrensburg hat zunächst das Wort. Bitteschön, Frau Ahrensburg.

Frau Ahrensburg: Vielen Dank. Diesmal versuche ich, mich etwas stärker zu beschränken. Herr Bindig hat eine Frage dazu gestellt, wie schwierig es ist, in Regionen tätig zu sein, die außerhalb Grosnys sind. Die meisten leben in Grosny und südlich von Grosny. Ich würde mal sagen, 75% der tschetschenischen Bevölkerung leben in diesem Zentrum, sozusagen in der Mitte des Landes. Der DRC arbeitet nicht in den Bergen, wir sind dort nicht tätig, aber wir wissen, dass andere Organisationen dort tätig sind und Nahrungsmittelhilfe geben. Wir haben ein paar Sicherheitsprobleme im Süden, im südöstlichen Teil des Landes.

Sie haben außerdem auch eine Frage zu Aufbauprojekten im Land gestellt. Es gibt kleinere Aufbauprojekte in Tschetschenien, wir haben finanzielle Mittel seitens der norwegischen aber auch seitens der niederländischen Regierung bekommen und dieses wird als Hilfe zur Selbsthilfe gegeben. Das heißt, wir geben Baumaterialien an die Bevölkerung weiter und, so wie das eben auch traditionell geschieht, bauen die Menschen dort ihre Häuser selbst wieder auf.

Lassen Sie mich eben noch einmal meine Notizen konsultieren. Ich glaube, Frau Graf hat eine Frage gestellt, ob uns Hindernisse für die humanitäre Hilfe in den Weg gestellt werden. Sicherheit ist im Grunde genommen für uns natürlich das Hauptproblem. Und natürlich die begrenzten finanziellen Mittel, die wir haben. Aber, ich glaube, ansonsten gibt es eigentlich keine nennenswerten Hindernisse, die man uns in den Weg legt. Wir haben eine ganz gute Arbeitsbeziehung zu den Behörden herstellen können. Wie informieren sie allerdings auch ständig über das, was wir tun. Das heißt, wir sind sehr offen ihnen gegenüber.

Was jetzt die Unterbringungsmöglichkeiten während des Winters angeht, so ist das ganz sicherlich ein Problem, aber ich denke, wir werden auf jeden Fall auch Öfen zur Verfügung stellen. Selbst die Zelte sind beheizt, da gibt es also kleinere Öfen.

Der Druck auf die Binnenflüchtlinge, zurückzukehren, ist etwas, das bereits erwähnt worden ist. Eines der Lager in Inguschetien ist geschlossen worden. Das ist im Dezember an einem Wochenende geschehen. Da war niemand von uns präsent. Als dann die Hilfsorganisationen am Montag morgen in ihre Büros gingen, wusste niemand, was eigentlich passiert war und wie das passiert war. Aber man kann ganz sicherlich feststellen, dass unsere Präsenz dort vor Ort solche Versuche sicherlich begrenzt. Es gibt ganz eindeutig solche Aktivitäten in den Zeltlagern. Wir versuchen ja auch, psychosoziale Betreuung zu leisten. Wir versuchen, dort auch in den Zeltlagern unsere Rundgänge zu machen und dort präsent zu sein.

Dann ist noch eine Frage über die Darlehen, die Kredite gestellt worden, ob die dort überhaupt Sicherheiten stellen können. Also, wir kennen immer noch nicht die ganze Wahrheit, das ganze Ausmaß dieser Verschuldung. Es scheint so zu sein, dass es eine gewisse Tradition gibt, dass Menschen voneinander Darlehen aufnehmen. Wie sich das dann tatsächlich in der Praxis darstellt, das wissen wir nicht genau. Wir planen eine umfassende Untersuchung für ganz Tschetschenien in diesem Sommer und ECHO hat uns da einen sehr nennenswerten Betrag zur Verfügung gestellt, um das zu ermöglichen. Bei dieser kleinen Untersuchung, die wir auf der Basis von 1000 Befragungen durchgeführt haben, weiß ich jetzt nicht genau, wie viele Leute wir vor Ort eingesetzt haben. Wir haben auf jeden Fall sehr viele damit beauftragt, solche Fragebögen auszugeben. Wir haben ihnen vorher ein Briefing gegeben, haben sie vorher unterrichtet, wie man das macht.

Was die medizinische Hilfe für die arme Bevölkerung angeht, so sind die medizinischen Kosten eine große Belastung für gerade die armen Familien. Aber auch hier wissen wir nicht genug über die Situation. Nahrungsmittelhilfe und wie sie verschwin-

det, also dazu kann ich nur sagen, dass es, seit wir die Nahrungsmittelhilfe direkt an die Empfänger aushändigen, solche Fälle nicht mehr gibt. Natürlich sind die Empfänger ihrerseits sozusagen frei, was sie damit tun. Sie können das auch verkaufen. Sie brauchen ja auch noch Geldmittel, z.B. um sich Zusätzliches zu kaufen. Gut. Das war es, glaube ich, von meiner Seite.

Die Vorsitzende: Herr Bitsch hat jetzt das Wort für die Stellungnahme. Bitteschön Herr Bitsch.

Herr Bitsch: Die Frage von Herrn Bindig bezog sich auf Operationsmöglichkeiten in Tschetschenien. Die sind natürlich eingeschränkt und hängen von der Sicherheitssituation insgesamt ab. Während der Referendumszeit sollte man nicht nach Tschetschenien gehen. Die Anzahl der ausländischen Helfer, die nach Grosny gehen, ist auch immer limitiert und man macht das nur, wenn es halt unbedingt notwendig ist. Wenn es aus der Sache heraus geboten ist, hält man sich auch in Tschetschenien und in Grosny auf. Man arbeitet aber sehr viel mit einheimischen Kräften, aber gelegentlich muss man sich eben auch in Grosny zeigen. Das sieht so aus: Man fährt morgens hin und abends zurück.

Operationsmöglichkeiten südlich von Grosny, dazu kann ich nicht viel sagen. Ich habe mich bisher immer nur in Grosny und Umgebung aufgehalten. ACF hat die Kollegin Eva erwähnt, das ist eine französische Organisation, die heißt „action contre la faim“. Diese hat Programme laufen, die eben in dieser Region umgesetzt werden.

Ansätze Wiederaufbau: Allerhöchstens marginal, nach allem was ich sehen kann. Ich sehe da nur ab und zu mal einen Sandhaufen oder eine Schaufel, aber irgendeine große Wiederaufbauaktion, wie man es vom Balkan her kennt, habe ich bisher noch nicht ausmachen können.

Arjan Erkel, der Mitarbeiter von der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“, der in Daghestan entführt wurde und der seit August vergangenen Jahres abgängig ist: Meine Information ist, dass er lebt, sich aber nicht in Daghestan aufhält. Das ist vor sechs Wochen in Moskau mal so gesagt worden.

Da war noch die Frage: Kann die Bundesregierung noch etwas zur Verbesserung der Sicherheitslage tun? Also aus dem Bauch heraus fällt mir da ehrlich gesagt nicht viel ein. Es gibt aus praktischer Sicht aber auch noch eine andere Frage zu diesem Komplex, so dass die Vereinten Nationen einen eigenen Stab mit zwei Mitarbeitern haben, die sich ausschließlich um Sicherheitsfragen kümmern. Bei allen „general-coordination-meetings“, bei allen Koordinationsbesprechungen trägt als erster immer

der Sicherheitsbeauftragte der Vereinten Nationen vor. Aus besonderen Anlässen gibt es auch zusätzliche Empfehlungen. Das Thema Sicherheit ist sehr hoch auf der Agenda und die Hilfsorganisationen richten sich meiner Meinung nach auch danach. Wenn die Empfehlung vom UNSECCOR, das ist die Abkürzung in der UNO-Welt, lautet, nicht nach Grosny zu gehen, dann fahren die Leute auch nicht nach Grosny.

Das Referendum: Dass keine Hilfe mehr nötig wäre, das sehe ich nicht so. Jeder der, nach Grosny geht, sieht, das ist offensichtlich, dass jede Menge humanitäre Hilfe noch notwendig ist. Das Referendum als solches kann, wenn man es positiv sieht, es ist ja heute auch schon sehr kritisch diskutiert und benannt worden, einen Schritt auf dem Weg zur Normalisierung sein, gewesen sein. Das ist eine Frage, wo man hier politisch steht. Auf jeden Fall weiß jeder, der sich auf tschetschenisches Territorium und speziell nach Grosny begibt, dass da sehr viel in Trümmern liegt.

Behinderung von humanitärer Hilfe: Also, wir verteilen unsere Woldecken und Matratzen oder auch die Hygieneprodukte wie Seife oder Waschpulver eigenständig, um das mal wieder ein bisschen plastischer zu machen. Das wird von unseren eigenen Mitarbeitern durchgezogen. Es gibt ein ausgeklügeltes System, Registrierung ist das A und O. Registrierung ist ein Wort, das heute schon sehr oft gefallen ist, und das vor Ort ständig fällt. Es gibt Verteilungslisten, die uns die Kollegen von DRC freundlicherweise zur Verfügung stellen. Das heißt: Wir lassen uns per Computer Name, Passnummer etc. von 300 Flüchtlingen oder Flüchtlingsfamilien in einer location, in einem Ort, ausdrucken. Man kündigt die Verteilung an. Die Leute kommen mit dem Ausweis, die weisen sich aus, es wird überprüft, ob es der richtige ist. Entsprechend einem Schlüssel bekommt derjenige Lebensmittel oder eben Matratzen. Auf der Verteilungsliste wird dann quittiert. Also es ist ein sehr ausgeklügeltes System, ich sehe nicht, dass da viel daneben geht. Das gleiche System wenden zumindest wir von HELP auch in Grosny an.

Unterkunft: Im Winter ist es kalt. Wenn Sie in die Zeltlager gehen, dann gehen Sie mal in ein Zelt rein, gucken Sie durch, dann sehen Sie den Himmel. Die Zelte müssen ersetzt werden. Es gibt auch Programme, die darauf abzielen, diese Zelte zu ersetzen. Wir haben das ein oder andere Mal, um auch uns mal zu loben, im vergangenen Winter Feuerholz oder auch stoves, also Öfen, geliefert, um hier der Not zu begegnen. Die Situation der Flüchtlinge ist im Winter schlechter als im Sommer. Das ist ganz klar.

Situation in Gefängnissen, TBC: Dazu kann ich nichts sagen, der Sache bin ich noch nie nachgegangen. Da wäre es wohl auch besser, mit jemandem zu sprechen, der

sich mehr im medizinischen Bereich bei den Hilfsorganisationen, die medizinische Betreuung leisten, engagiert.

Wie sicher sind die Personen, also das internationale Personal? Dazu habe ich schon ein bisschen was gesagt. Es gibt Sicherheitsguidelines, Sicherheitsrichtlinien. Das eigene Verhalten sollte man eben danach richten. Ich habe es vorhin nicht erzählt, unser Office wurde zu Weihnachten überfallen. Der Watchman, der Guard, wurde krankenhausaufreife niedergeschlagen. Unser Safe mit einer ordentlichen Portion Geld wurde gestohlen. Und auch ein Auto eines unserer lokalen Mitarbeiter wurde ebenfalls entwendet. Also, Kriminalität spielt eine Rolle. Alle Helfer von uns, die da im Einsatz sind, wissen das. Aber die Verhältnisse sind nicht so, dass man jetzt in Inguschetien nicht arbeiten könnte.

Druck auf Flüchtlinge in Inguschetien, Daghestan: Das ist das Thema freiwillige Rückkehr oder Zwangsrückkehr. Natürlich gibt es direkten oder indirekten Druck, weil es schon erklärtes Ziel ist, dass die Flüchtlinge, die Displazierten, um korrekt zu bleiben, zurück nach Tschetschenien sollen. Das existiert, das kann man nicht negieren. Daghestan ist genannt worden, auch hier mal eine Zahl noch, um das Ausmaß des Problems zu nennen: Daghestan ist also die Republik, die zwischen Tschetschenien und dem Kaspischen Meer rechts liegt. Dort halten sich nach Angaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz noch etwa 8500 Flüchtlinge auf. Ich weiß das deshalb, weil ich mich vor kurzer Zeit mit dem Thema etwas intensiver beschäftigt habe. Innerhalb dieser Kategorie ist das auch so, dass da auch Altflüchtlinge, das heißt also Flüchtlinge, die aus dem ersten Tschetschenien-Krieg nach Daghestan geflohen sind, enthalten sind. Das spezielle Problem dieser Flüchtlinge in Daghestan ist, dass sie nicht offiziell registriert sind. Das bedeutet, dass sie kein Anrecht auf staatliche Unterstützung haben. Und wenn sie staatliche Unterstützung haben wollen, dann müssen diese Leute aus Daghestan rüber nach Tschetschenien reisen, um dort ihre Pension, ihre Rente oder ihr Kindergeld abzuholen.

Herr Hettlich hatte noch nach Einkommen und wie die Leute überleben gefragt. Zu dieser Frage gibt es jeder Menge surveys und Gutachten, die sich alle mit der Frage beschäftigen: Wie überleben die, wenn es keine humanitäre Hilfe gibt? Wo kriegen die das Geld her, Staatliche Unterstützung, verkaufen sie ihre Juwelen, wenn sie denn welche hätten? Bauen sie im Garten an? Dieser Frage wird intensiv von großen Hilfsorganisationen, von den Kollegen von DRC und vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz nachgegangen und auch beurteilt.

Medizinische Versorgung habe ich jetzt hier noch stehen, da fühle ich mich jetzt nicht ganz so kompetent, weil wir von HELP halt nicht im medizinischen Bereich tätig sind. Aber es gibt beispielsweise die Kollegen von der deutschen Organisation „Hammer Forum“, die medizinische Projekte sowohl in Inguschetien als auch in Tschetschenien betreiben. Es gibt natürlich auch andere internationale Hilfsorganisationen, die ebenfalls im medizinischen Bereich wie msf tätig sind.

Dunkle Kanäle bei der Verteilung, das denke ich, habe ich schon beantwortet. Die Registrierung bzw. die Verteilung ist insgesamt sehr kontrolliert, sehr organisiert, sehr überwacht, sehr sortiert.

Die Frage von Frau Gannuschkina, da ging es um einen Besucher von UNHCR. Natürlich ist der UNHCR in Nazran und in Moskau vertreten. Diplomatische Besuche, sei es durch Delegationen der Botschaften in Moskau oder auch aus Europa, finden schon statt, wenn die Sicherheitssituation nicht gerade dagegen spricht.

Der Selbstmordanschlag in Namelskojew (?) vor kurzem war z.B. der Grund, weshalb der Besuch einer Delegation der Schweiz, Norwegens und noch einem Land kurzfristig abgesagt wurde. Aber Besuche finden schon statt und werden dann auch in aller Regel von den UNO-Leuten vorbereitet.

Die Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank. Jetzt würde ich beide noch einmal bitten, uns die aus Ihrer Sicht wichtigsten **politischen Empfehlungen** an uns als Bundesrepublik Deutschland **für den Bereich humanitäre Hilfe** zu geben. Wir haben es ja so aufgeteilt und haben ja die Empfehlung für den Bereich Menschenrechte auch schon gehört. Für den Bereich humanitäre Hilfe für Tschetschenien und die Anliegerstaaten: Frau Ahrensburg, wollen Sie anfangen? Bitteschön.

Frau Ahrensburg: Ich persönlich würde auf jeden Fall empfehlen, dass Sie auch weiterhin Tschetschenien auf der Tagesordnung lassen, dass Sie dieses Thema sowohl auf Ebene der EU wie auf allen anderen internationalen Konferenzen ansprechen. Und dass Sie Finanzmittel für solche Nothilfeoperationen in Tschetschenien und in den Nachbarstaaten bereitstellen. Denn wir haben jetzt das Gefühl, dass viele der Geberländer in ihren Anstrengungen erlahmen. Das Welternährungsprogramm hat zum Beispiel erhebliche Schwierigkeiten, Geber zu finden, um die Nahrungsmittelhilfe weiter zu führen. Natürlich kommen wir jetzt in den nächsten 6 Monaten in den fünften Winter, das wird allmählich eine wirklich Krisensituation dort vor Ort. Wo sind die Bedürftigkeiten? Ich würde sagen, überall. Nahrungsmittel, Wohnungen,

wirtschaftliche Rehabilitierung, soziale Rehabilitierung, all diese Bereiche sind wichtig. Obwohl ja sehr viele Berichte geschrieben worden sind, wie Herr Bitsch schon gesagt hat, haben wir immer noch kein wirklich klares, eindeutiges Bild über die Lage in Tschetschenien. Das Rote Kreuz hat einen Bericht geschrieben, wir haben einen Bericht geschrieben und wir versuchen, zusammen zu arbeiten, einfach weil es da zum Teil in unseren Berichten ganz unterschiedliche Bewertungen gibt. Wir versuchen auf lokaler Ebene wie auch in unseren jeweiligen Hauptquartieren diese umfassende Befragung in Tschetschenien durchzuführen, damit wir einfach ein klareres Bild von der Lage bekommen. Das wollten wir ja im Sommer machen. Diese Untersuchung soll dann nicht nur als Grundlage zur Nahrungsmittelverteilung sondern auch als ein Planungsinstrument für Interventionen oder Operationen in allen möglichen humanitären Bereichen dienen. Es wäre sehr schön, wenn wir dafür mehr Geld zur Verfügung bekämen. Was Rehabilitierungsmaßnahmen innerhalb von Tschetschenien angeht, ist es so, dass da natürlich zunächst einmal die Regierung der Föderation Verantwortung hat, diesen Wiederaufbau zu durchzuführen. Das muss auch gegenüber der Regierung der Föderation angesprochen werden. Es ist aber von dort bereits der Hinweis gekommen, dass auf jeden Fall jeder eine Entschädigung bekommt. Da wurden 280 000 Menschen genannt, die in den nächsten Jahren eine Entschädigung bekommen sollen. Da geht es um Beträge von 50 000 bis 140 000 Rubel, je nach Grad des Vermögensschadens. Aber da muss man natürlich erst einmal abwarten, wie sich das dann in Tschetschenien selber vollzieht. Ich glaube, das war das, was ich dazu sagen wollte.

Die Vorsitzende: Herr Bitsch.

Herr Bitsch: Ich fange mit Arjan Erkel, dem Mitarbeiter von Ärzte ohne Grenzen in Daghestan, an. Er ist, ich habe es vorhin gesagt, seit August des vergangenen Jahres entführt, man weiß nicht, wo er steckt. Man hofft, dass er noch lebt. Alles, jede Initiative, die man unternehmen kann, die zu seiner Freilassung führt, sollte unternommen werden. Das heißt: Dieses Thema der Entführung von Arjan Erkel muss auf der Tagesordnung ganz oben stehen, in allen Gesprächen mit der russischen Seite. Und es muss Druck ausgeübt werden, dass sich das zu einem positiven Ende entwickelt. Ich würde mich auch freuen, obwohl es ein Teilaspekt ist, wenn wieder Bewegung in die Geschichte mit den 180 Unterkünften der Kollegen von medecins sans frontieres, die seit Januar leer stehen und die darauf warten, bezogen zu werden,

kommen würde und dass auch dies zu einem Thema gegenüber den russischen Gesprächspartnern gemacht wird. Dies aber mit Besonnenheit, denn hier muss man ein bisschen ins Detail gehen, das geht jetzt an dieser Stelle vielleicht ein bisschen zu weit. Aber es kann nicht sein, dass humanitäre Hilfe von doch erheblichem finanziellen Wert ungenützt bleibt. Das kann man auch als einen humanitären Skandal beurteilen. Aber die Sache ist vielleicht zu diffizil und hat auch in ihren Konsequenzen für die russische Seite einige Auswirkungen, die bisher so noch nicht diskutiert wurden. Also jede Aktion, die Bewegung in die Inbetriebnahme dieser Fertighäuser bringt, ist willkommen. Es wäre auch wünschenswert, dass, wie die Kollegin Eva schon gesagt hat, die institutionellen Geldgeber, namentlich jetzt natürlich die Bundesregierung, Regierungen anderer europäischer Staaten, aber auch die Europäische Kommission nach wie vor Geldmittel für humanitäre Hilfen im Nord-Kaukasus zur Verfügung stellen. Das Budget für ECHO, also das Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft, enthält für dieses Jahr 26 Mio. €. Ich halte es nicht für gerechtfertigt, wenn Tschetschenien und insbesondere die diskutierten Flüchtlinge hier von der Tagesordnung verschwinden. Aus praktischer Sicht wäre es natürlich auch schön, wenn der Zugang nach Tschetschenien - und das wird sicherlich ein Dauerthema sein – für die Hilfsorganisationen verbessert werden kann. Ich habe das relativ breit dargestellt. Wir müssen ja ein formales Verfahren für einen Passierschein, der nur einen Monat Gültigkeit besitzt, durchlaufen. Und wenn das nur zwei Monate wären oder wenn ein Vierteljahr daraus würde, das wäre schon ein Vorteil. In den Gesprächen sollte man also auch die Frage des Zugangs von Hilfsorganisationen nach Tschetschenien weiter thematisieren und hier möglichst einfache formlose Wege finden. Ja, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank an Sie beide, an Frau Gannuschkina, an die beiden, die uns verlassen haben. Wir sind sehr dankbar, dass Sie als Personen, die auch aus erster Hand und aus eigener Erkenntnis Informationen haben, heute hierher gekommen sind. Das war ja ein weiter Weg und die Temperaturen sind auch nicht gerade angenehm. Hier muss man einfach sagen: Vielen Dank. Ich möchte aber auch, wenn ich in die Runde gucke, all denen danken, die ich hier sehe und von denen ich weiß, dass sie hier als Einzelpersonlichkeiten oder im Rahmen von Organisationen seit Jahr und Tag zäh und unerschrocken ihre machen. Sie setzen sich in Situationen ein, die, wenn man das sieht, was Sie hier so kurz mit dürren Worten in der Kürze der Zeit beschrieben haben, einfach ganz schrecklich traurig sind. Da

braucht man, glaube ich, auch sehr sehr viel Kraft und Unerschrockenheit, um weiter tätig zu sein. Wir wollen nach Kräften alles tun, um Sie zu unterstützen und auch in so einer verfahrenen Situation vielleicht doch mit dazu beizutragen, den einen oder anderen Baustein zu finden und zu setzen, der eine politische Lösung mit nach vorne bringt. Ich bedanke mich also sehr bei Ihnen. Ich kann Ihnen hier im Namen des ganzen Ausschusses versprechen, dass wir diese Anhörung sehr sorgfältig auswerten werden. Wir werden ein Wortprotokoll erstellen. Wir werden wahrscheinlich nach dem, was an aktuellen Informationen verfügbar ist, einen etwas dickeren Anhang beifügen. Wir werden alles auflisten, wir werden es auch ins Internet einstellen und für uns sehr sorgfältig auswerten. Aber auch diejenigen, die hier nicht Mitglieder im Bundestag sind, können diese Informationen dann benutzen und einsetzen. Ich möchte damit die Sitzung schließen, möchte den drei noch verbliebenen Sachverständigen auch dieses kleine Reichstagsbrevier mitgeben, damit Sie einen kleinen Eindruck über die Geschichte dieses Platzes, dieses Hauses bekommen. Das Brevier wird Ihnen auch für die Sonderführung, die wir Ihnen gleich anbieten können, nützlich sein. Vielen herzlichen Dank. Wir sehen uns sicher wieder. Wir werden sicher weiter eng zusammenarbeiten. Hoffentlich schaffen wir es auch, im Interesse der Menschen, die so lange schon leiden, ein bisschen weiter zu kommen. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 16:00 Uhr



Christa Nickels, MdB
Vorsitzende

Anhang:

A) Anlagen:

- 1) Brief der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation an den Abgeordneten der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation, Herrn Kowaliow S.A.
- 2) Gannuschkina, Swetlana, Memorial, „Netzwerk Migration und Recht“: „Nach der Flucht aus Tschetschenien; Rußland: Zur Situation von Menschen die aus Tschetschenien geflohen sind“, Moskau 2002.

B) Weitere Dokumente:

Help e.V.:

- 1) „Wer ist Help?“
- 2) „Humanitäre Hilfe für die Opfer des Krieges in Tschetschenien: Informationen für das Fachgespräch des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe“

Human Rights Watch:

- 3) „Human Rights Watch Briefing Paper to the 59th Session of the UN-Commission on Human Rights on the Human Rights Situation in Chechnya“, 2003.
- 4) Lohman, Diederik: „Putin’s Party“.
- 5) „German Chancellor should press Russian President on Chechnya“.
- 6) „Chechnya attack violates rights“

Memorial:

- 7) Gannuschkina, Swetlana: „Rußland: Binnenflüchtlinge aus Tschetschenien“, 2003.
- 8) „Appeal to the UN Commission for Human Rights, 59th Session 2003“.
- 9) „About Amnesty Announced in Connection with Enactment of the Chechen Republic Constitution“, 2003.
- 10) „Reports of human rights organizations are supported by evidence from other sources“, 2003.
- 11) „Political Crime in the Kalinovskaia settlement“, 2003.
- 12) „Cleansing operations in the Kurchaloyevskiy region“, 2001.
- 13) „The ‚Cleansing‘ operations in Sernovodsk and Assinovskaya were punishment operations“, 2001.

Die Dokumente können bei Bedarf im Ausschusssekretariat angefordert werden.